

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 10 bis 70 Pz. Pfl. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorrat und schmerzhaftem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Polische Konten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Bezugspreis: In Bromberg mit Postgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,08 Zl., monatlich 5,36 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 8 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Nr. 275.

Bromberg, Freitag den 29. November 1929.

33. Jahrg.

Das deutsch-polnische Liquidationsabkommen

vor der Außenkommission des Reichstags.

Berlin, 28. November. (P.M.) Unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann trat gestern die Außenkommission des Reichstages zu einer vertraulichen Sitzung zusammen, in der man sich mit dem ganzen gegenwärtig aktuellen Fragenkomplex über die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen beschäftigte. Ein erschöpfendes Referat über die deutsch-polnischen Verhandlungen und über die im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen bestehenden politischen Probleme erstattete Reichsaussenminister Dr. Curtius. Während der Diskussion ergriff auch der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kauscher das Wort, der eingehend das mit Polen abgeschlossene Liquidationsabkommen begründete.

Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, machte im Laufe der Diskussion der Zentrumsabgeordnete Ullrich viele Vorbehalte gegen das projektierte deutsch-polnische Ausgleichsabkommen. Eine Rede des Vertreters der Deutschnationalen, des Abg. Hoejsch, der in den Kreis seiner Darlegungen den Gesamtkomplex der deutschen Politik gegenüber Polen einbezog, hatte den Charakter einer scharfen Kritik, die stellenweise zu einem Angriff gegen den Minister Curtius überging. Dieses aggressive Auftreten des deutschnationalen Abgeordneten begegnete einer unverzüglichlichen Replik des Ministers Curtius. Der Gesandte Kauscher schilderte die einzelnen Etappen der Vorbereitungen zu dem deutsch-polnischen Ausgleichsabkommen und betonte, daß der Abschluß dieses Abkommens grundsätzlich schon in der Sitzung der Haager Konferenz vorgesehen wurde.

Entgegen den alarmierenden Gerüchten der deutschen nationalen Presse über das solidarische Auftreten der Vertreter der Mehrheit der Parteien in der gestrigen Sitzung der Außenkommission gegen die deutsch-polnischen Verhandlungen, behauptet das „Berliner Tageblatt“, daß die eingehenden Informationen, die der Kommission von dem deutschen Gesandten Kauscher in der Frage der Verhandlungen mit Polen erstellt wurden, auf die Kommission einen sehr günstigen Eindruck gemacht hätten. Die Fortsetzung der Diskussion findet am heutigen Donnerstag statt.

Die liberale „Danziger Zeitung“ erhält über die Debatte in der Außenkommission des Reichstages folgenden Bericht aus Berlin: „Die Aussprache über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen ist heute im Auswärtigen Ausschuss nicht abgeschlossen worden. Sie wird morgen fortgesetzt. Schon das ist ein Beweis für die schwerwiegenden Bedenken, die von allen Seiten gegen das Abkommen erhoben worden sind. Der Reichsaussenminister Dr. Curtius, der einen längeren Überblick über die deutsch-polnischen Verhandlungen gab, hatte, wie wir hören, einen sehr schweren Stand. Ganz besonders scharfer Kritik wurden die ergänzenden Ausführungen unterzogen. Die in der Zwischenzeit von dem deutschen Gesandten Kauscher über die verschiedenen Phasen der Verhandlungen und über die Einzelheiten des Abkommens gab. Verschiedentlich wurde die Befürchtung geäußert, daß selbst im Falle der Annahme die polnische Regierung auf Mittel und Wege finden könnte, die für die deutsche Minderheitsbevölkerung erhebliche Verbesserungen illusorisch zu machen. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der Vertrag, den ja die Regierung als ein zum Youngplan gehörendes Zusatzabkommen betrachtet, vor Weihnachten das Plenum des Reichstages nicht beschäftigen, sondern erst bei der im Januar zu erwartenden allgemeinen großen Aussprache über den Haager Vertrag mitbehandelt werden wird.“

Wird das Niederlassungsrecht reichsdeutscher Erben gesichert?

Der „demokratische Zeitungsdiener“ meldet: Bei näherer Nachprüfung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens sind nachträglich Zweifel darüber aufgetaucht, ob die in Deutschland befindlichen Opatanten sich nach Polen begeben dürfen, um ihren Erbesitz zu übernehmen. Dieser Auffassung, die von den deutschen Unterhändlern von vornherein vertreten wurde, ist nun, wie wir hören, von polnischer Seite durch eine besondere Erklärung Rechnung getragen worden.

Aus maßgebender Quelle erhält der Berliner Korrespondent des „Nustromann Kurjer Codzienny“ hierzu die Information, daß es sich hier nur um eine zusätzliche Abmachung bzw. um die Auslegung des Liquidationsabkommens handle.

Uns Deutsche in Polen dürfte diese Sicherung nur dann voll befriedigen, wenn sie nicht nur die im Liquidationsabkommen berührten Personenkreise (d. h. die von der Liquidation befreiten Deutschen, sowie die Opatantensöhne der Ansiedler und der besitzbefähigten Eigentümer) umfaßt, sondern darüber hinaus allen verdrängten Opatanten das Niederlassungsrecht gibt, die nach dem 1. Januar 1931 gemäß den Bestimmungen der Wiener Konvention nur noch den allgemeinen Bestimmungen des polnischen Fremdenrechts unterliegen.

Die alle Kulturstaaten verpflichtenden allgemeinen Menschenrechte erfordern es in erster Linie, daß alle

reichsdeutschen Erben und Erbanwärter (einschließlich der Opatanten) die Niederlassungsgenehmigung zur Sicherung ihres Erbes erhalten. Wenn eine solche generelle Sicherung des reichsdeutschen Erbantritts, der durch die Grenzonen-Verordnung erheblich gefährdet erscheint, als eine zusätzliche Abmachung zum Liquidationsabkommen nicht formuliert werden konnte, dann ist es die selbstverständliche Pflicht beider Regierungen, eine derartige Garantie in dem zum Handelsvertrag gehörenden Niederlassungsabkommen klar und eindeutig festzulegen.

Der Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Die dem Reichsaussenminister Dr. Curtius nahestehende „Nationalliberale Korrespondenz“ bringt einige bemerkenswerte Mitteilungen über den augenblicklichen Stand der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Sie bekräftigt zunächst den Plan, den Getreidehandel beider Länder in einer syndikatmäßigen Bindung zusammenzufassen. Dieser Gedanke, den polnischen Roggen im freien Angebot vom deutschen Markt fernzuhalten und damit die preisverheerenden Wirkungen, die eine polnische Roggenzufuhr bei Inkrafttreten des Meißbegünstigungszollgesetzes ausüben würde, auszuschalten, könne von der Landwirtschaft nur begrüßt werden. Er werde aber sicherlich Widerspruch in den Kreisen des Deutschen Großhandels finden. Den privaten Handelsinteressen solle jedoch nach Möglichkeit durch weitgehende Beteiligung an dem Roggengeschäft Rechnung getragen werden. Entsprechende Verhandlungen der beteiligten deutschen und polnischen Wirtschaftskreise schienen nach vorliegenden Berichten zu einem abschließenden Ergebnis gekommen zu sein. Dann fährt die „Nationalliberale Korrespondenz“ fort:

„In der Frage der Regelung der Kohlenein- und -ausfuhr sind die Verhandlungen ebenfalls sehr weit fortgeschritten. Auch hier soll in ähnlicher Weise wie bei Roggen ein Übereinkommen der interessierten Kohlenwirtschaftskreise den Abschluß einer bis in die Einzelheiten gehenden handelsvertraglichen Festsetzung erübrigen und das Handelsabkommen selbst auf wenige grundsätzliche Bestimmungen beschränken. Hinsichtlich der Höhe des polnischen Kontingents dürfte eine Einigung erzielt sein. Die Verhandlungen drehen sich nur noch um die Forderung der Polen, dieses Kontingent um die volle Menge Kohlen erweitern zu dürfen, die von Deutschland nach Polen eingeführt wird. In dieser Frage ist es noch nicht zu einer Einigung gekommen, da sich die deutschen Unterhändler beherzlicher Weise die größte Zurückhaltung aufzuerlegen müssen. Wesentlich schwieriger als beim Roggen und bei der Kohle liegen die Dinge bei der Regelung der Schweinefrage. Die bisher vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß hier nicht so schnell eine Einigung über die gegenseitigen Forderungen möglich ist. Auf deutscher Seite wird es nach wie vor darauf ankommen, von Polen das Verständnis dafür zu gewinnen, daß nur geschlachtete Ware in Deutschland aufgenommen werden kann, und zwar nur in solchen Mengen, die von der vorhandenen deutschen Fleischfabrikation zu Konserven und Dauerware verarbeitet und durch bestehende oder noch auszubauende Exportunternehmungen möglichst vom deutschen Markt abgeleitet werden. Wie sich herausgestellt hat, macht die Festsetzung der Kapazität der in Frage kommenden west- und mitteldeutschen Fleisch- und Konservenfabriken wesentliche Schwierigkeiten.“

Nach diesen Nachrichten, so meint die Korrespondenz, werde zwar ein Abschluß der Verhandlungen wirklich in aller kürzester Frist kaum möglich sein, es erbege sich aber wohl aus den bisherigen Meldungen, daß die Reichsregierung alles in ihren Kräften Stehende tue, um ungünstige Abschlüsse, die zu einer Gefahr für die Landwirtschaft werden könnten, unter allen Umständen zu vermeiden.

Der „Kurjer Pozn.“ bespricht die vorstehenden offiziellen Mitteilungen von deutscher Seite und begründet die polnische Forderung, das Kohlenkontingent evtl. um die volle Menge Kohlen zu erhöhen, die von Deutschland nach Polen eingeführt wird, damit, daß Deutschland trotz des Polen zugestandenen Kontingents durch Dumpingverordnungen, d. h. durch Preisunterbietungen, mehr Kohlen nach Polen einführen könnte als es von Polen erhält. Weiter will das polnische Blatt erfahren haben, daß Deutschland Einspruch zu erheben sucht auf die Ausgabe von Ausfuhrzertifikaten auf Kohle durch die polnische Regierung, „was eine Einmischung in rein innere Fragen des polnischen Staates bedeute und zweifellos zum Zwecke habe, die deutschen Kohlenindustriellen in polnisch-Oberschlesien in Abhängigkeit zu erhalten.“ Was an dieser Behauptung Wahres ist, wissen wir nicht; vermutlich handelt es sich dabei ebenso um ein Phantasiemotiv des „Kurjer Poznanski“ wie bei der geradezu grotesken Überlegung, daß Deutschland

durch eine Dumping-Politik die beispiellos niedrigen Arbeiterlöhne in Polen aus dem Feld schlagen könnte. Wenn die Kohlenfrage nach Art des Getreidehandels geregelt werden sollte, wofür anscheinend die Aussichten günstig sind, würden die hier erwähnten Differenzen gegenstandslos werden.

Endlich behauptet der Kurjer, daß Deutschland eine Garantie dafür ablehne, daß die Polen zugesagte Schweine-einfuhrmenge von den deutschen Konservenfabriken auch wirklich aufgenommen werden könne.

Das Letztere ist eine begreifliche Maßnahme, wenn man den Grundsatzen anerkennt, daß die polnischen Schweine, die Deutschland übernehmen will, nur für den Export bestimmt seien. Daß Deutschland in der Schweinefrage möglichst entgegenkommen will, geht aus der obigen deutsch-polnischen Mitteilung hervor, wonach sogar Erweiterungen der bisherigen Ausführunternehmungen geplant seien, um für das polnische Schweinefleisch Platz zu schaffen. Aber selbst wenn ausreichender Raum in den Konservenfabriken geschaffen würde, könnte eine Garantie für die Übernahme schwerlich gegeben werden, da eine Fleischexportindustrie nicht auf Lager arbeiten und Rohware nur übernehmen kann, wenn die Möglichkeit besteht, die Produkte daraus auf dem Außenmarkt unterzubringen.

Die Deutsche Volkspartei zu den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 28. November. (P.M.) Die „Nationalliberale Korrespondenz“ verbreitet die Meldung, daß die parlamentarische Fraktion der Deutschen Volkspartei bei der Regierung des Kanzlers Müller drei Forderungen in bezug auf die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen angemeldet hat. Die Deutsche Volkspartei fordert:

1. Unverzüglich einen Kontakt mit landwirtschaftlichen Organisationen zur Beratung neuer landwirtschaftlicher Sachverständiger für die Verhandlungen mit Polen anzubahnen;
2. zu garantieren, daß nach dem Abschluß des Wirtschaftsabkommens mit Polen die polnischen Ausfuhrprämien sowie andere Exportprivilegien aufgehoben werden und
3. die Aufsicht und Verwaltung der Veterinärkontrolle im Grenzverkehr dem Innenministerium zu entziehen und diese Funktionen dem Reichs Ernährungsministerium zu übertragen.

Polnischer Protest an das Auswärtige Amt.

Berlin, 28. November. (P.M.) Der polnische Gesandte in Berlin hat gestern dem Reichsaussenminister Dr. Curtius eine Note überreicht, die folgenden Wortlaut hat:

Herr Minister! Im „Vorwärts“ vom gestrigen Tage (Nr. 553) ist ein Artikel unter dem Titel „Error in Polen“ erschienen. In Anbetracht dessen, daß dieser Artikel sowohl in seinem Inhalt als auch in seiner Form beleidigend für die Behörden des polnischen Staates ist und besonders unter Berücksichtigung des Umstandes, daß das betreffende Blatt das Zentralorgan einer Partei ist, der eine Reihe von Mitgliedern der Reichsregierung mit dem Herrn Kanzler an der Spitze angehören, lege ich hiermit gegen die Veröffentlichung des erwähnten Artikels kategorischen Protest ein.

Wollen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung entgegennehmen.

(-) Roman Knoll.

— — — Wenn die Deutsche Regierung so feinfühlernd wäre, wie Herr Knoll, könnte Herr Kauscher täglich einen analogen Protest im Brühl-Palais überreichen.

Die Frage der Auslandszölle wird wieder aktuell.

Warschau, 27. November. Der Verband der Industrie- und Handelskammern ist an das Ministerium für Industrie und Handel, wie auch an das Innen- und an das Finanzministerium mit einem Antrag in der Frage der Auslandszölle herangetreten, der in dem letzten Kongress der Kammern in Lodz angenommen wurde. Wie der jüdische „Nasz Przegląd“ erzählt, sind die Zentralbehörden geneigt, sich mit der Frage näher zu beschäftigen.

Die Kammern fordern vor allem eine Vereinigung in der Ausgabe von Auslandszöllen an Kaufleute und Industrielle. Die jetzt von den Kammern ausgetragenen Besprechungen werden abermals geprüft und von industriellen Ingenieuren begutachtet, so daß die Kammern sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß ihre Besprechungen unter solchen Umständen eigentlich überflüssig seien. Die Kammern beanspruchen daher für sich das ausschließliche Recht, Anträge auf die Ausstellung von Auslandszöllen zu erledigen. Außerdem wird die Herabsetzung der Gebühr der Auslandszölle für eine mehrmalige Übererstattung der Grenze auf 100 Prozent gefordert. Die Kammern gehen von der Voraussetzung aus, daß der Kaufmann oder Industrielle durchschnittlich viermal im Laufe eines Jahres den Weg zur mehrmaligen Ausreise

benutzt und daß er somit die vierfache Gebühr für den normalen Paß bezahlen müßte.

Ob gleichzeitig mit der Befriedigenden Erledigung der Anträge der Kammer die Zentralbehörden bereit sein werden, auch gewisse Erleichterungen bei anderen Fällen einzuführen, ist im Augenblick schwer zu sagen. Das Innenministerium war seinerzeit mit einem liberalen Projekt der Herabsetzung der Paßgebühr hervorgetreten; das Projekt fand jedoch nicht die Genehmigung des Finanzministers. Der „Paß Przeglad“ nimmt an, daß sich jetzt auch das Finanzministerium mit gewissen Erleichterungen einverstanden erklären wird, die übrigens von der gesamten Bürgererschaft mit Befriedigung aufgenommen werden dürften.

Herabsetzung der Gebühren für Auslandsvisen

Wie wir erfahren, beschäftigt man sich gegenwärtig in Wirtschaftskreisen auch lebhaft mit der Frage der Auslandsvisen, und es ist wahrscheinlich, daß verschiedene wirtschaftliche und soziale Organisationen schon in den nächsten Tagen an die interessierten Ministerien Anträge auf Herabsetzung der Gebühren stellen werden, die von den ausländischen Konsulaten in Polen für die Visen erhoben werden. Bekanntlich werden derzeitige Gebühren nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit erhoben. Man plant daher, in die Handelsverträge konkrete Bestimmungen in der Frage der Herabsetzung der Gebühren einzufügen. Es handelt sich hier hauptsächlich um Visen für Kaufleute und Industrielle, die sich in beruflichen Angelegenheiten nach dem Auslande begeben, ferner für Gelehrte, Studierende usw.

Nach das ist ein löbliches Beginnen, sofern die Gebühren für ausländische Passiva wirklich allgemein herabgesetzt würden. Aber wie kann man sich ernsthaft für solche Verbesserungen einsetzen, solange nicht der 250-Zloty-Paß für den polnischen Staatsbürger verschwunden ist. Wer den Splitter in seines Bruders Auge sieht, sollte zunächst den Klobigen Balken aus seinem eigenen Auge nehmen. Die Herabsetzung der Dauerpäß-Gebühren für Industrielle und Kaufleute genügt uns dabei noch lange nicht, besonders da diese Ermäßigung nach wie vor von dem Votum der Handelskammern abhängig sein soll, die sich oft einer ausgesprochen minderheitsfeindlichen Tendenz „erfreuen“ und innerhalb der großen chinesischen Mauer noch verschiedene polnische Vormauern zu errichten belibien.

Neue Spaltung in der P.P.S.

Protest gegen die Koalition der PPS mit dem Chjeno-Piašt.

Warschau, 27. November. (Eigene Meldung.) Der ehemalige Sejmabgeordnete Dr. Emil Bobrowski, ein in Krakau sehr populärer Führer der PPS, der die einflussreiche Stellung des Präses des Kreisverbandes der Krankenkassen bekleidet, die Gemahlin Bobrowskis, der frühere Sejmabgeordnete und Vizepräsident des Kreisverbandes der PPS Dr. Ryszard Kunicki und der gewesene Sejmabgeordnete und frühere Redakteur der Zeitschrift: „Pracownik“ Zygmunt Klementowicz sind aus der Partei ausgestiegen. Die Genannten, allesamt überzeugte Pilsudskisten, waren mit der Richtung der Parteipolitik, wie sie nach der großen Spaltung im vorigen Jahre eingeseht hatte, nicht einverstanden und zogen sich aus dem aktiven Parteilieben zurück, ohne sich der PPS anzuschließen. So hat Dr. Bobrowski im vorigen Jahre das Abgeordnetenmandat, die Würde eines Mitgliedes des Obersten Rates und des Vorsitzenden des Krakauer Kreisverbandes der PPS niedergelegt und bezieht nur die Stellung des Präses des Kreisverbandes der Krankenkassen bei. Die PPS machte im Laufe der letzten Monate wiederholte Versuche, Dr. Bobrowski und seinen Freundeskreis zum Anschluss an die „Revolutionäre Fraktion“ zu bewegen. Diese zogen es jedoch vor, als „gewöhnliche Mannschaften“ in der Mutter-Partei zu verbleiben, offenbar im Glauben an die Möglichkeit eines solchen politischen Umschwunges, der zu einer Wiedervereinigung der PPS und PPS führen würde. Die Dinge nahmen jedoch einen anderen Gang.

Die sich zunehmend verschärfende Opposition der PPS gegen die Regierung und die sich aus der politischen Konstellation ergebende Bundesgenossenschaft der PPS mit einem von ihr rücksichtslos bekämpften Parteigruppen und Politikern verfehten Dr. Bobrowski und seine Freunde in einen Gewissenskonflikt, von dem sie sich nur durch den Austritt aus der Partei befreien konnten. Außerdem gab es noch eine persönliche Spannung zwischen den Parteibehörden und Dr. Bobrowski; die Partei wünschte, daß er auf den Posten des Präses des Kreisverbandes der Krankenkassen verzichte, wozu sich jedoch Dr. Bobrowski nicht verstehen wollte.

Dr. Bobrowski motivierte seinen Austritt aus der Partei in einem an das Arbeiterfreikomitee der PPS in Krakau gerichteten Schreiben, das interessante kritische Äußerungen über die jetzige Politik der PPS enthält. Dr. Bobrowski führte u. a. aus: „Vor mehr als drei Jahren, am 15. Mai 1926 hat das Zentralvollzugskomitee der PPS einen Beschluß gefaßt, in welchem es die Vor-Mai-Regierung „eine Regierung der nationalen Schmach“ nannte und verlangte, daß die „Diebe öffentlicher Gelder“, welche Staatsämter innehaben, zumal die gewesenen Minister Rudarski, Witos, Biernik, Rydzekowski, Korjant in dem beschleunigten Verfahren verurteilt werden und heute bildet man mit diesen „Dieben öffentlicher Gelder“ eine einheitliche Front gegen Józef Pilsudski.“

„Kann ich“ — schreibt Dr. Bobrowski weiter — „meine Hand mit im Spiele haben bei dieser schändlichen Verleumdung der Verurteilung des ganzen Chjeno-Piašt? ... Ich werde mich nicht zusammenspannen mit offenen oder heimlichen Kommunisten, ich werde nicht die Hand reichen den Berechnern des Mörders des ersten Präsidenten, ich werde mich nicht verbinden mit den Mitstählern der gewesenen „Regierung der nationalen Schmach“, noch mit den blutigen Ministern vom Jahre 1922.“

Das Schreiben schließt mit den Worten: „Ich werde nicht mit den Endlosen, Korjant und Witos, zusammengehen, um für die „Demokratie“ zu kämpfen. In diesem Kampf gegen das Belvedere werde ich mich nicht beteiligen und zusammen mit mir sicherlich viele Genossen, die ebenso wie ich denken und fühlen und ebenso wie ich bisher geschwiegen haben.“

Es heißt, daß Dr. Bobrowski und Genossen auf dem Krakauer Boden eine Zweigorganisation der „Revolutionären Fraktion“ schaffen werden. Die neuesten Spaltungserscheinungen beschränken sich jedoch nicht nur auf Krakau. Auch in dem für die PPS hochwichtigen Industriezentrum Lodz scheiden einflussreiche Elemente aus der Partei aus und gehen zu den PPS-Sozialisten über. So wird der Austritt des Vorsitzenden der dortigen Krankenkasse Wladyslaw Gzmbt und einer Anzahl anderer bekannter PPS-Beute zur

„Revolutionären Fraktion“ gemeldet. Wenn man auch einerseits diese jüngsten Abspaltungen der in der Partei noch übrig gebliebenen letzten Vertreter des Pilsudkismus nicht zu überschätzen braucht, so ist andererseits nicht zu leugnen, daß die PPS-Leitung wegen der durch ein paradoxes Spiel der Umstände verursachten Waffenbrüderschaft mit dem Chjeno-Piašt je länger je mehr mit Aufsehungen in den Arbeitermassen zu ringen haben wird.

Befestigte Zentrumsfront.

Am Sonnabend begann im Hotel „Union“ in München der Parteitag der Bayerischen Volkspartei. Der Parteiführer Schäffer sprach über den großdeutschen Gedanken und den Föderalismus. In einer Entschließung kam zum Ausdruck, daß die Partei sich zum großdeutschen Gedanken bekenne, dieser aber nur auf der geistigen Grundlage des Föderalismus erfüllt werden könne.

Großes Aufsehen erregte die Rede des Vertreters der preussischen Zentrumsfraktion, des Landtagsabgeordneten Heß, der ausdrücklich betonte, daß hinter seinen Worten seine ganze Fraktion stehe. Die Wiedervereinigung der Bayerischen Volkspartei mit den Zentrumsparteien liege in der Luft, aber die Bayerische Volkspartei habe das Recht, zu verlangen, daß vorher die Zentrumsparteien zu der Frage Länder und Reich einen für Bayern und die Bayerische Volkspartei tragbaren Standpunkt einnehme. Scharf rügte Heß die Haltung der Zentrumsblätter, die die von den maßgebenden Instanzen der Zentrumsparteien genehmigten Richtlinien einfach nicht beachteten. Zentrum und Bayerische Volkspartei müßten wieder zusammengebracht werden, die gemeinsamen kulturellen Aufgaben drängten dazu. Die Ausführungen des Zentrumsvertreters wurden vom Parteitag mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Am Sonntag sprach Reichstagsabgeordneter Reich über Fragen der Politik im Reich. Er betonte, Zentrum und Bayerische Volkspartei seien völlig einig in der Auffassung, daß die Reichskoalition für beide Parteien nicht mehr bestehe, wenn gegen ihre Weltanschauung im Reichstag so weiter vorgegangen werden sollte. Reichsminister a. D. Dr. Bell erklärte unter lebhaftem Beifall: Beide Schwesterparteien, Zentrum und Bayerische Volkspartei, müßten, solange sie noch getrennt marschieren, jedenfalls bei den großen Schlachten vereint schlagen. Fraktionsvorsitzender Abgeordneter Dr. Wohlgemuth sprach über die Frage der bayerischen Landespolitik und die bayerische Koalitionsfrage. Die Koalitionskrise in Bayern beginne an dem Punkt, wo sich die Deutschnationalen einer Politik mitverworfen haben, die auf die Zerstörung der Ordnung in Bayern und auf die Revolution hinausläuft.

In einer Entschließung wurde betont, daß die Annahme des Youngplans nicht mehr tragbar scheine, wenn die Räumung der dritten Zone bis zu einem gewissen Zeitpunkt nicht gesichert sei, die Verhandlungen über das Schicksal des Saargebietes unbefriedigend verlaufen und der Youngplan zur Anshungerung der Länder benutzt werde.

Das Endergebnis des Volksbegehrens.

Nicht ganz 10,02 Prozent.

Berlin, 25. November. Der Reichswahlprüfung hat heute unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters, des Präsidenten Dr. Wagemann, das endgültige Ergebnis des Hugenbergschen Volksbegehrens festgestellt. Nach den im Bureau des Reichswahlleiters getroffenen Feststellungen sind im ganzen Reichsgebiet 4135300 unzweifelhaft gültige und 24328 ungültige und zweifelhaft gültige Eintragungen vollzogen worden. Von diesen 41328 Eintragungen haben die Abstimmungsausschüsse in den Wahlkreisen 3119 für gültig und 21207 für ungültig erklärt. Der Reichswahlleiter schlug heute im Reichswahlprüfung vor, die Zahl 4135300 gelten zu lassen. Der Reichswahlprüfung stellte darauf einstimmig fest, daß zu dem Volksbegehren 4135300 unzweifelhaft gültige Eintragungen erfolgt seien und damit die erforderliche Zahl von 10 Prozent aller Eintragungsberechtigten erreicht sei. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 41278897, 10 Prozent hiervon sind 4127889. Die erforderliche Zahl ist also um etwa 8000 überschritten worden. Das Prozentverhältnis ist nicht ganz 10,02 Prozent. Es steht also nunmehr fest, daß dem Volksbegehren auch ein Volksentscheid folgen muß. Nachdem das in dem Volksbegehren verlangte Gesetz im Reichstage abgelehnt oder verändert worden ist.

Nachdem der Reichswahlprüfung festgestellt hat, daß das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ zustande gekommen ist, hat der Reichsminister des Innern auf Beschluß der Reichsregierung den Gesetzentwurf dem Reichstag unterbreitet.

China an die Mächte.

Schwierige Lage des Völkerbundes.

Die Peking Nationalregierung sandte am Montag gleichlautende Telegramme an den Völkerbund und die Signatarmächte des Kellogg-Vertrages. Darin weist sie auf den organisierten Einmarsch der Sowjettruppen in chinesisches Hoheitsgebiet hin und spricht die Ermartung aus, daß, während China sich auf Verteidigung beschränkt, die Unterzeichner des Kellogg-Vertrages die nötigen Maßnahmen gegen Sowjetrußland ergreifen würden.

Zu der durch die Anrufung des Völkerbundes hervorgerufenen Lage schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß der Völkerbund in eine sehr schwierige Lage gebracht werde und es in hohem Maße zweifelhaft erscheine, ob er etwas anderes tun könne, als den bereits bei einem früheren chinesischen Schritt erteilten Rat zu wiederholen. Peking müsse sich direkt mit Moskau verständigen. Daher werde wahrscheinlich die zweite Vermittlungsmöglichkeit unter Einschaltung der Vereinigten Staaten gesucht werden.

Der diplomatische Korrespondent der „Morning-Post“ ist der Auffassung, daß auch unter dem Kelloggpakt den Unterzeichnermächten nur ein moralisches Druckmittel auf Sowjetrußland zur Verfügung stehe und jede Vermittlungsmöglichkeit daher auch außerhalb des Völkerbundes außerordentlichen Schwierigkeiten begegnen werde.

Deutsches Reich.

Antrag auf Auflösung des Preussischen Landtages.

Berlin, 28. November. (P.M.) Die Wirtschaftsfraktion des Preussischen Landtages hat den Antrag auf



vereint die beiden Eigenschaften, auf die man bei einer Zahnpasta ganz besonders zu achten hat: Reinigungskraft und völlige Unschädlichkeit. Odol-Zahnpasta ist in ihrer Wirkung unerreicht.

unverzügliche Auflösung des Landtages eingeleitet, und begründet diesen mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen, die ergeben hätten, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Preussischen Landtages dem Willen der Wähler nicht entspreche.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Porzich hat aus Gesundheitsrückichten sein Amt als Vizepräsident des Preussischen Landtages niedergelegt. Als aussichtsreichster Kandidat für seine Nachfolge gilt der Zentrumsabgeordnete Baumhoff, Vertreter des Wahlkreises Westfalen-Süd. Den Fraktionsvorsitz gedenkt Dr. Porzich auch weiterhin auszuüben.

Zweiterlei Maß.

Berlin, 28. November. (P.M.) Im Preussischen Landtag wurde gestern zur Abstimmung über die Anträge der Reglementscommission auf Auslieferung einer Reihe von kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten an die Gerichte geschritten. Die Anträge auf Auslieferung der kommunistischen Abgeordneten aus Anlaß ihrer Übertretungen des Verbots, am 1. Mai Demonstrationen zu veranstalten, wurden mit 87 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten abgelehnt. Dagegen wurden die Anträge auf Auslieferung der nationalsozialistischen Abgeordneten mit den Stimmen der Regierungskoalition angenommen. Die Deutschnationalen verließen demonstrativ den Saal.

Niesige Schmuggler-Affäre in Wilna.

Wilna, 27. November. (Eigene Drahtmeldung.) Hier ist man einer Schmuggler-Affäre auf die Spur gekommen, wie sie bis jetzt in Polen noch nicht zu verzeichnen war. Verhaftet wurden 49 Kaufleute, Industrielle und Zollbeamte. Der Schaden, den der Staat erlitten hat, beträgt über 10 Millionen Zloty. Die Waren wurden aus allen Gegenden Europas in großen Mengen nach Polen geschmuggelt. Unter den Verhafteten befindet sich auch der ehemalige stellvertretende Chef des Zollamtes Szczebiolow.

Die Schmuggler bedienten sich eines besonderen Schiffschlüssels und hielten im engen Kontakt mit der russischen Gesandtschaft in Riga gestanden haben.

Rakete als Postbeförderungsmittel.

Erster Raketenflug am 4. Dezember.

Die Vorarbeiten für den ersten Abschuss einer größeren Versuchsrakete beim Dörschbad Horst sind, wie die Berliner Nachtausgabe zu berichten weiß, nunmehr beendet. In der nächsten Woche soll mit dem Bau eines bombensicheren Unterstandes begonnen werden. Der erste Start ist auf den 4. Dezember angesetzt. An diesem Tag soll nur eine kleine Versuchsrakete abgeschossen werden, wohingegen der Start der ersten großen Rakete 14 Tage später stattfinden soll. Glück das Experiment, so will man den gleichen Versuch in der Nähe von Newyork vornehmen. Prof. Oberth ist, wie sein in Horst weilender Generalbevollmächtigter erklärte, der Hoffnung, daß der Gedanke der Postdienst-rakete in etwa drei Monaten ein erfülltes Problem sein wird. Für den ersten Start nach Amerika ist eine Nutzlast von 30 Kilogramm geplant. Schnellboote würden die Post in dem Niedergangsort vor der amerikanischen Küste in Empfang nehmen. Eine Stunde nach dem Abschuss in Deutschland würde der amerikanische Briefträger die Post schon in Händen haben.

Mit dem Auto in den Rhein.

Schredlicher Tod dreier Ärzte.

Seit vergangener Woche wurden die Zahnärzte Dr. Karl Meyer und Dr. Arthur Salomon und die Zahnärztin Dr. Elfriede Heinzmann vermisst. Alle drei waren seit einer Autofahrt von Mainz nach Koblenz vor einer Woche spurlos verschwunden. Sofortige Nachforschungen führten zu keinem Ergebnis. Der Rhein wurde in seiner ganzen Breite nach dem verschwundenen Kraftwagen abgesucht, da man annahm, daß das Auto auf seiner Fahrt in den Rhein gefahren sein mußte. Die Nachforschungen erstreckten sich von Mainz bis Bingen und wurden dann bis Boppard fortgesetzt. Schließlich wurde das Auto kurz hinter Freiwinkel im Rhein entdeckt. Mit Stangen und Haken transportierte man das verunglückte Fahrzeug ans Ufer.

Der Anblick, der sich der Bergungsmannschaft bot, war erschütternd. Am Steuer saß der jüngere der drei Verunglückten, Dr. Karl Meyer, über das Steuerrohr gelehnt. Im Wagen lagen Dr. Arthur Salomon und die Zahnärztin Dr. Heinzmann, die sich in Todesangst das Gesicht vor den Mund gepreßt hatte. Den drei Insassen muß im letzten Augenblick die Gewissheit gekommen sein, daß sie auf einem verkehrten Weg und, da sie sich in einer geschlossenen Limousine befanden, in den sicheren Tod fuhren.

Bier Tote bei einer Grubenkatastrophe.

Bodum, 27. November. Am Dienstag abend gegen 6 Uhr ereignete sich auf der Schächanlage III-VII der Zehnten-Hütte auf der fünften Sohle ein Wasserdurchbruch, bei dem vier Bergleute den Tod fanden, acht weitere Knappen wurden leicht verletzt. Die Unglücksstätte konnte kurz nach dem Unglück wieder befahren werden. Die Untersuchung der Bergbaubehörde ist noch nicht abgeschlossen.

tag in die Gastwirtschaft Winiacki ein. Es fielen ihnen eine Menge Kolonialwaren, 50 Zloty bares Geld und eine wertvolle Uhr in die Hände. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

*** Tüft, 27. November.** Aufregende Verbrechertage. Die berühmten Gebrüder Albert und Johann Jospoit wurden in diesen Tagen neuerlich verhaftet und der Polizeiwache in der Fischgasse zugeführt. Bei der Vernehmung gelang es Johann Jospoit, in einem unbewachten Augenblick durch die Tür zu entweichen und das Weite zu suchen. Er wurde von drei Kriminal- und Schutzpolizeibeamten verfolgt. Jospoit, der einen Vorprung von etwa 20 Metern hatte, bog in die Wasserstraße ein und flüchtete auf den Hof der Expeditionsfirma Richard Freugschat, wo er sofort wieder abbog und durch eine Tür an der Ecke Wasserstraße und Remelstraße zu entfliehen versuchte. Hierbei erlitt ihn sein Schicksal. Er wurde von den Schutzpolizeibeamten gestellt und festgenommen und wieder dem Polizeigewahrsam zugeführt. Während des Transports kam es zu aufregenden Zwischenfällen. Als man Jospoit aufforderte, die Hände hoch zu heben, leistete er Widerstand und wollte nicht vorangehen. Hierauf wurden von einem Beamten mehrere Schreckschüsse abgegeben, worauf sich Jospoit zu Boden warf. Als in diesem Moment ein hell erleuchtetes Auto vorüberfuhr, wollte Jospoit die Gelegenheit benutzen und wiederum davonlaufen. Auch dieser Fluchtversuch mißlang, und nun konnte der Verbrecher endlich der Polizeiwache zugeführt werden.

*** Heudekrug, 27. November.** Von einer Lokomotive schwer verletzt. Als sich der Schüler Felgenträger in Pogegen (Kreis Heudekrug) auf dem Heimwege aus der Schule befand, ging er über das Bahngelände. Da aber einige Güterwagen darauf standen, kroch der 11-jährige Junge unter den Wagen hindurch. Als er auf der anderen Seite hervorkam, fuhr in dem Augenblick eine Lokomotive heran, die den Jungen erfaßte und schwer verletzte. Er wurde sofort vom Pogegener Arzt verbunden und mußte dann ins Krankenhaus gebracht werden.

*** Angerburg, 28. November.** Totschlag und Raub. Am Sonnabend ist in den Nachmittagsstunden der Schornsteinfeger Byniaß-Kruglaufen auf dem Wege zwischen Willuden und Kruglaufen erschlagen worden. Die im Besitz des B. befindlichen 400 Mark wurden bei ihm nicht vorgefunden. Dem 28-jährigen, verheirateten Schornsteinfeger oblag neben seiner beruflichen Tätigkeit auch das Kassieren der Schornsteinfegergebühren. Am Sonnabend hatte Byniaß etwa 400 Mark in seinem Bezirk kassiert und sprach auf dem Nachhausewege in den Krügen in Possessoren und Willuden vor, wo er mit den Arbeitern Willnaß und Kullid zusammentraf und zechte. Es kam zu politischen Streitigkeiten. Zwischen Willuden und Kruglaufen entbrannte vermittels der Streit, in dessen Verlauf es zu Schlägereien zwischen den Arbeitern und dem Schornsteinfeger kam. B. wurde schließlich mit seinem Wefen, den er mit sich führte, erschlagen. Des Totschlages verdächtig ist der mit Zuchthaus verurteilte Arbeiter Willnaß, der in Haft genommen wurde.

Bergünstigungen bei der Erlangung der Gewerdepateute.

Kraft Artikel 94 des Gesetzes über die staatliche Industriekontrolle hat das Finanzministerium die Finanzkammern ermächtigt, im eigenen zuständigen Kreis selbständig Eingaben der Steuerzahler, die bis zum 15. Dezember 1929 gemacht werden, zu bearbeiten und nachfolgende Erleichterungen bei der Erlangung der Patente für das Jahr 1930 zu gestatten:

1. Unternehmungen, welche Waren verkaufen, die die Merkmale feinerer Bearbeitung aufweisen, können auf Grund eines Patentes 3 der Handelskategorie geführt werden. Die Handelskategorie 3 kommt in Frage, wenn der Umsatz des Unternehmens für 1928 30 000 Zloty nicht überstieg und der Wert der oben bezeichneten Waren nicht weniger als 5 Prozent des allgemeinen Warenwertes, die sich bei dem Unternehmen befinden, beträgt. Aus dieser Erleichterung können diejenigen Verkaufsunternehmen Nutzen ziehen, welche ausschließlich Inlandwaren verkaufen.

Das Geheimnis des Doppellebens.

Auch ein Beitrag zu der Düsseldorf-Massenmord-Affäre.

Die Düsseldorf-Massenmordkatastrophe hat inzwischen das Stadium der Lokalberühmtheit überschritten, sie erregt weit über die Grenzen Deutschlands hinaus in der ganzen Welt ungeheures Interesse. Ärzte, Kriminalisten, Graphologen internationalen Gepräges beschäftigen sich heute mit dem rätselhaften Massenmörder, der keinerlei Spuren hinterließ und der der unermüdeten Suche nach ihm bisher jeden Erfolg versagte. Das Rätsel, das diese unheimliche Bestie umschwebt, scheint nach Ansicht erfahrener Kriminalisten daran zu liegen, daß der Mörder ein geheimnisvolles Doppelleben führt, eine Tatsache, wie man sie in ähnlichen Fällen, z. B. bei dem englischen „Jack the Ripper“, der auch niemals entdeckt wurde und bei dem sich erst nach Jahren herausstellte, daß er tagsüber ein angesehenener Frauenarzt war, schon des öfteren beobachtet konnte.

Jahrelang führen Menschen oft ein Doppelleben, ohne daß jemand hinter ihr Geheimnis kommt. Tagsüber sind sie angesehenene Bürger, wohlthätige Millionäre, geschätzte Gelehrte, oder zerlumpte arme Bettler. Kommt dann die Nacht, dann wird die am Tage getragene Maske abgeworfen und in eine andere geschlüpft. Aus angesehenen Bürgern werden dann gewiegte Verbrecher, aus wohlthätigen Millionären verabscheuungswürdige Wucherer oder Schler, aus Gelehrten raffinierte Mörder, und aus Bettlerinnen gefeierte Schönheitsköniginnen.

Nicht immer muß ein solcher Gang zum Doppelleben krankhafte Veranlassung bedeuten. Es gibt Verbrecher, die mit größtem schauspielerischem Talent es verstehen, aus Rücksicht auf ihren „Beruf“ bei Tag und Nacht glänzende Masken anzulegen, deren wahres Gesicht aber vielleicht niemand kennt. Vor einigen Jahren hatte sich die Wiener Polizei mit einem psychologisch äußerst interessanten Fall zu beschäftigen. Ein junger, hübscher, eleganter Mann kam eines Tages in den Verdacht, einen Diebstahl begangen zu haben. Der junge Elegant hatte gegen die Anschuldigung erst protestiert, und als ihm alle Proteste nichts halfen,

2. Buchhandlungen, die im Nebenbetrieb Schreibmaterialien verkaufen, können auf Grund eines Patentes der 3. Handelskategorie geführt werden, wenn die Unternehmen gleichzeitig in der Buchhandlung und beim Schreibmaterialienverkauf außer dem Besitzer oder einem ihn vertretenden erwachsenen Familienmitglied höchstens eine erwachsene Person beschäftigten und wenn der Gesamtumsatz in der Buchhandlung und im Nebenbetrieb im Jahre 1928 30 000 Zloty nicht überstieg.

3. Die Besitzer von Apotheken (Drogerien) können Industriellenzeugnisse der 3. Handelskategorie erlangen, wenn der Umsatz dieser Geschäfte im Jahre 1928 die Summe von 30 000 Zloty nicht überstieg und wenn der Verkauf der Waren, die nicht aus dem Inland stammen, sich auf Heilmittel, die nicht im Lande produziert werden, beschränkt.

Das Finanzministerium hat zugleich die Finanzkammern im eigenen Tätigkeitsbereich zur Entscheidung über alle Eingaben über günstige Klassifizierung oder Erledigung von Bittschriften ermächtigt, welche eine übertragene Klassifizierung der Unternehmen der 3. Handelskategorie in die 4. betreffen. Ebenfalls sind die Finanzkammern berechtigt, ausnahmsweise nicht zahlungsfähige Steuerzahler von der Pflicht, Zeugnisse der 4. Handelskategorie zu erlangen, zu befreien und zwar in Fällen, wo feststeht, daß die Erlaubung der Zeugnisse die wirtschaftliche Existenz des Zahlers gefährden kann. Die Berechtigung bezieht sich allerdings nicht auf die Hinweise der Verkaufsbearbeitung Nr. 200 vom 22. März 1927, nach welcher vollständige Befreiung von der Verkaufspflicht nur in Ausnahmefällen, die gehörig begründet sind, erfolgen kann.

Zur Entziehung der Konzessionen.

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben:

Dieses Kapitel bedarf der weitesten Aufklärung. Wir müssen unterscheiden: Altkonzessionierte, die den Konsens vor Inkrafttreten des Monopolgesetzes erhielten und Neukonzessionierte, die auf Grund des Monopolgesetzes den Konsens erhielten.

Die Altkonzessionierten übten schon jahrelang vor Inkrafttreten des Monopolgesetzes ihre Konzession aus und sind inzwischen alt und grau geworden, geachtet von ihren Mitbürgern. Reichtümer hat keiner erworben. Nun sollen diese Konzessionierten plötzlich brotlos gemacht werden, oder monatlich eine bestimmte Summe — man spricht von 100 bis 200 Zloty — an den Invalidenverband zahlen. Berücksichtigen wir eins: Diese Bedauernswerten zahlen ohnehin schon außer den allgemeinen Steuern und dem Patent ca. 800 Zloty speziell hohe Kommunalzuschläge. Als Äquivalent wird ihnen 5 Prozent von Tabakerzeugnissen und 8 Prozent von Zypita zuerkannt. Gerade aber diese Waren-gattungen bilden ihren Hauptumsatz.

Die Konzessionsentziehung muß geradezu als Enteignung empfunden werden, denn die Altkonzession ist ein Vermögensbestandteil. Auf Grund dieser Konzession hat der Konzessionierte sein Geschäft eingerichtet und dieses den sanitären und baupolizeilichen Vorschriften entsprechend ausgestattet. Infolgedessen bilden Konzession und Geschäftskolokol ein unzertrennbares Ganzes. Durch den Verlust der Konzession erleidet der Betroffene auch einen Verlust an seinem Besitze, dieses Besitze, dessen Bestand ihm die Konstitution garantiert.

Erst nachträglich trat das Monopolgesetz mit der Klausel: „Konzessionen können ohne Angabe des Grundes und ohne Entschädigung entzogen werden“ in Kraft. Dennoch hat der Altkonzessionierte ein in der Konstitution verankertes Recht auf Entschädigung. Ferner kann eine alte Konzession nur unter Angabe eines Grundes gekündigt werden.

Die Entschädigung muß nicht allein den Wert des Ladens und der Einrichtung umfassen, sondern auch auf den entgangenen Gewinn bzw. die Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden. Diese Auffassung entspricht den elementaren Grundsätzen des lokalen, sowie auch internationalen Rechts. So hat auch Amerika bei Einführung der Prohibition die Betroffenen angemessen entschädigt.

Soll nun aber dem Besetze: „1 Ausschank auf 2500 Einwohner“ Genüge geschaffen werden, dann gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Enteignung gegen volle Entschädigung,
2. keine Ausgabe neuer Konzessionen, außer an Privilegierte.

Selbstmord begangen. Noch als Sterbender hat er seine Unschuld beteuert. In einem Abschiedsbrief an seine Familie schrieb er: „Eine rätselhafte und unglückliche Verkettung von Zufällen, eine unheilvolle Personenverwechslung oder irgend ein mysteriöser Irrtum haben mich in einen Verdacht gebracht, gegen den ich mich nicht wehren kann. Da ich fühle, daß nicht alle von meiner Unschuld überzeugt sind, wähle ich den Tod. Ich überbe ungeschuldig mit der letzten Bitte: Glaubt meiner Unschuld!“ Man glaube wirklich, einen Unschuldigen verfolgt und in den Tod getrieben zu haben. Bis die Polizei nach Wochen einwandfrei feststellen konnte, daß der unglückliche Selbstmörder ein professioneller Dieb gewesen ist, der in Eisenbahnzügen, in Ball- und Vergnügungsinhalten, in Theatern, auf der Straße und während seiner Schifferkündchen gestohlen hat, was ihm in die Hände kam. Er führte ein Doppelleben bis zu seinem Tod und verfuhr sich über den Tod hinaus die Maske seiner Ehrenhaftigkeit beizubehalten.

Vor einiger Zeit wurde in Florenz eine junge, blendend schöne und geistreiche Frau verhaftet, die tagsüber als arme, verwahrloste, Mitleid erregende Bettlerin herumgagabanderte. Ein Jahr lang schleppte sie sich als altes verhungertes Weib, auf eine Krücke gestützt, mühsam durch die Straßen der Stadt und streckte ihre zitternden Hände nach Almosen aus. Die Vorübergehenden gaben ihr bereitwillig. Eines Tages tauchte plötzlich im Florenzer Nachtleben eine schöne, elegante Frau auf, die scheinbar sehr viel Geld besaß. In kurzer Zeit wurde sie die Königin des Florenzer Nachtlebens, obwohl niemand wußte, woher sie kam und was sie eigentlich ist. Die gestrenge Polizei interessierte sich aber für die rätselhafte Schönheit, die so viel Geld ausgab, und einem der tüchtigsten Detektive gelang es, hinter das Geheimnis der schönen Frau zu kommen. Er stellte fest, daß die verwahrloste Bettlerin und die gefeierte Königin der Nacht ein- und dieselbe Person war.

Vor zwei Jahren erregte in Paris die Verhaftung einer russischen Prinzessin allgemeines Aufsehen. Die Prinzessin war im Nachtleben der Seine-Stadt eine bekannte Erscheinung, und es ging ihr der Ruf voraus, sie sei sehr reich. Sie feierte Triumphe über Triumphe, bis ein amerikanischer Multimillionär eines Tages um ihre Hand anhielt.

empfehlen in hervorragender Ausführung von 2200 an auch auf bequeme Katenzahlung.

B. Sommerfeld, Bydgoszcz

ul. Śniadeckich 56.



Größte Pianofabrik in Polen.

14222

Seit dem Bestehen des Monopolgesetzes wurden Konzessionen an Nichtprivilegierte erteilt. Mitunter auch an ein und dieselbe Person mehrere Male. Schon seit längerer Zeit verhandeln die Berufsorganisationen mit dem Finanzministerium über eine Ablösung der Konzessionen durch Zahlung einer einmaligen Ablösungssumme an den Invalidenfonds. Diese Verhandlungen scheiterten an der unbestimmten Haltung der Behörden, die sich um so greller äußert, da auch Schwerinvaliden der Konzess gefündigt wurde.

Man verlangt und bezahlt heute Zuschüsse an Organisationen, die mit dem Invalidenverbande nichts gemein haben.

Es wäre zu wünschen, daß diese Angelegenheit von Juristen geprüft und behandelt würde.

Intervention der Großmächte im russisch-chinesischen Konflikt.

Moskau, 27. November. (P.M.) Wie wir bereits mitteilten, hat am 17. d. M. zwischen Abteilungen der Roten Armee und den chinesischen Truppen östlich der Station Mandschuli eine große Schlacht stattgefunden. Nachdem der Feind geschlagen war, rückte die Rote Armee etwa 100 Meter in das Innere des chinesischen Gebiets vor. Die besetzten Ortschaften befinden sich bis jetzt noch im Besitz der Roten Armee.

Nach hier aus Tokio eingegangenen Meldungen beabsichtigen Amerika, Japan, England und Frankreich im Zusammenhange mit den letzten Vorgängen an der sowjetrussisch-chinesischen Front den beiden kriegführenden Parteien eine Warnung zugehen zu lassen, in der festgelegt werden soll, daß die Mächte, die den Kelloggpaakt unterzeichnet haben, gegenüber der Tatsache des Krieges nicht gleichgültig bleiben könnten, der den Kelloggpaakt verletzt und der ostchinesischen Eisenbahn erhebliche Verluste bringt.

Weiterer Rückzug der Chinesen.

London, 27. November. (P.M.) Nach den letzten Meldungen, die maßgebende englische Kreise aus Nordchina erhielten, ziehen sich die Chinesen vor den sowjetrussischen Truppen auch weiterhin zurück. Die Stadt Chajlar wurde geräumt. Was den Zivilkrieg anbelangt, so beschäftigt sich die Meldung, daß die Chinesische Regierung glaube, die endgültige Sprengung des Kuomintang durch die Panfänger Armee sei nur eine Frage von Tagen. Die Meeresbehörden in Kanton kündigen die Blockade des Flusses Kiang, sowie eine Reihe von Maßnahmen an, durch welche die britischen Interessen zur See geschützt werden sollen.

Aufhebung eines Staatsfeiertages in Sachsen.

Berlin, 27. November. (P.M.) Der sächsische Landtag nahm eine Regierungsvorlage an, durch die der auf den 9. November fallende Staatsfeiertag, der in Sachsen zur Erinnerung an den Tag verpflichtet, da in Sachsen die Republik ausgerufen wurde, aufgehoben werden soll. Für die Regierungsvorlage stimmten die Koalitionsparteien, die Demokraten und die Nationalsozialisten, gegen die Vorlage die Sozialdemokraten und die Kommunisten.

Die Prinzessin sagte ja, war aber am nächsten Tage verschwunden. Der verliebte Bräutigam wandte sich an die Polizei, und diese hatte innerhalb von 24 Stunden die verschwundene Prinzessin — im Untersuchungsgefängnis gefunden. Es stellte sich heraus, daß die russische Prinzessin mit ihrem wahren Namen Margarete Miller hieß, als Kammerzofe innerhalb zweier Jahre an 21 verschiedenen Stellen tätig war und jedesmal dabei die Wohnung ihrer Herrschaften ausgeplündert hatte. Tagsüber war sie eine eifrige Kammerzofe, bei Nacht stolze Herzogin.

Vor vier Jahren wurde in London der angesehenere Rechtsanwalt Sir Charman verhaftet. Er verkehrte in der vornehmsten Gesellschaft, besaß eine hohe Ehrenstellen und wurde allgemein für sehr reich gehalten. Eines Tages stellte die Polizei fest, daß in dem Palais des Rechtsanwalts Nacht für Nacht allerlei ichtiges Gefindel verkehrte. Bald kam man dahinter, daß der angesehenere Rechtsanwalt als geistiges Haupt einer raffinierten Verbrecherbande, deren Spezialität der Postraub war, fungierte.

In Budapest gab es vor einigen Monaten eine fast einzigartige kriminalistische Sensation. Ein vierzehnjähriger Schulschüler wurde verhaftet, weil er in 16 Fällen alleingehenden Mädchen und Frauen aufgelauert und sie berannt hatte. Es stellte sich heraus, daß er nicht nur der Sohn reicher Eltern, sondern in dem Gymnasium, das er besuchte, immer der beste Schüler und der Stolz seiner Eltern war.

Ein derartiges geheimnisvolles Doppelleben, wie es die vorerwähnten Fälle zeigen, glaubt man auch dem Düsseldorf-Massenmörder zu trauen zu müssen. Man hält es durchaus für möglich, daß er tagsüber als ehrbarer Arbeiter oder Bürger in der Stadt lebt und erst, wenn die Nacht hereinbricht, die Maske abwirft und mit der eines bestialisches Lustmörders verwechselt. Nur so glaubt man, daß bis jetzt eine Verhaftung dieses gefährlichen Verbrechers unmöglich gewesen ist. Selbstverständlich kann diese Art des Doppellebens auch eine krankhafte Erscheinung sein, deren sich der Betreffende selbst gar nicht bewußt ist. Offensichtlich gelang es den intensiven Bemühungen der erfahrener Kriminalisten recht bald, das geheimnisvolle Dunkel, das über dem Düsseldorf-Massenmörder schwebt, zu lichten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die landwirtschaftliche Zentralbank.

Die „Gazeta Handlowa“ schreibt:

Die Verhandlungen über die Gründung einer landwirtschaftlichen Zentralbank haben schon eine recht lange Vergangenheit hinter sich. Begonnen wurden sie vor fast zwei Jahren, als die Lage auf dem internationalen Geldmarkt anders war als gegenwärtig, und als es schien, daß Europa und die Vereinigten Staaten einer weiteren Kreditverbilligung entgegengehen. Die Verhandlungen wurden dann auch in dem späteren Zeitabschnitt einer verstärkten Kreditkrise auf dem Weltmarkt, die etwa von Mitte des Jahres 1928 an einsetzte, fortgesetzt, aber die veränderte Lage machte einen Abschluß der Verhandlungen unmöglich. Einer der tatsächlichen Gründe dafür, daß die Verhandlungen bisher nicht zum Abschluß kamen, war also die radikale Änderung auf dem internationalen Kreditmarkt, die bereits seit etwa 1 1/2 Jahren anhängt. Es war auch sehr richtig, daß in einem Zeitabschnitt ungünstiger Konjunktur Polen keinerlei Verpflichtungen übernehmen hat, durch die auf einen Zeitabschnitt von 25 Jahren die inländische Landwirtschaft mit langfristigen Krediten geplagt worden wäre. Es drängt sich nun die Frage auf, ob die negativen Faktoren der Weltkonjunktur eine solche Änderung erlauben, daß gegenwärtig das Erlangen von günstigeren Bedingungen möglich ist.

Gegen den Gedanken der landwirtschaftlichen Zentralbank wurden aus verschiedenen Gründen grundsätzliche Bedenken geäußert. Es soll hier jedoch nicht eine genaue Untersuchung dieser Bedenke erfolgen, vielmehr ist es berechtigt oder unberechtigt, sondern es soll lediglich über Organisationsfragen der landwirtschaftlichen Zentralbank auf Grund der gegenwärtigen Konjunktur an den wichtigsten Kreditmärkten und auf Grund einer Entwicklungsprognose dieser Märkte in der nächsten Zeit gesprochen werden, die grundlegend die Organisationsbedingungen der Bank und die Emission von Pfandbriefen ändern würde.

Der große Krawal an der New Yorker Börse, der Mitte Oktober d. J. einsetzte, hatte, obwohl er sehr entschieden die Lage auf dem Weltkreditmarkt beeinflusste, nur einseitige Folgen. Bisher zeigten seine Folgen sich ausschließlich auf dem Gebiet der kurzfristigen Kredite, wo allerdings tatsächlich ein breiter Durchbruch erfolgte. Dafür ist der beste Beweis, daß die New Yorker Federal Reserve-Bank und die Bank of England beginnend mit dem 31. Oktober zweimal ihren Diskontsatz herabgesetzt haben und ihnen fünf wichtige Emissionsbanken in Europa nachfolgte. Auch ein Sinken des Zinssatzes auf den Privatmärkten setzte in vielen Ländern Europas ein. Gleichzeitig machte sich ein Abfluß der europäischen kurzfristigen Einlagen aus den Vereinigten Staaten bemerkbar, und es verbilligte sich die Verzinsung aller Arten kurzfristiger Kredite in den europäischen Ländern.

Der kurzfristige Kreditmarkt aber hat oft völlig andere Entwicklungsbedingungen als der Markt für Investitionskredite, die immer langfristiger sind. So ist es gegenwärtig auch in den Vereinigten Staaten, wo trotz einer großen Flüssigkeit des Bargeldes langfristige Kredite weiterhin teuer und schwer zu mobilisieren sind. Die aktuelle Frage der New Yorker Börse ist nicht die Inangriffnahme von Auslandsemissionen in größerem Umfang als bisher, sondern vor allem, sich von dem riesigen Ballast der bisher nicht untergebrachten bereits laufenden Emissionen zu befreien. Die Frage ist um so aktueller, als man sich in einem Zeitabschnitt der lang anhaltenden Baisse nicht dauernd davon zurückhalten kann, diese Kredite abzurufen und während der ganzen Zeit die Zinsen zu verlängern. Es ist damit zu rechnen, daß zum mindesten während des nächsten Halbjahres die New Yorker Börse für Auslandsemissionen ein schwer zugängliches Gebiet sein wird. In welchem Umfang die Lage sich später verbessern wird, ist noch zweifelhaft, da bei Liquidation der Sinterlagenheiten aus dem Zeitabschnitt der ungenügenden fünfjährigen Wertsteigerung unvorhergesehene Schwierigkeiten entstehen können.

Dieser Sachverhalt, sowie der katastrophal niedrige Stand des Kurses der polnischen Stabilisierungsanleihe ist die Ursache dafür, daß zurzeit die amerikanische Börse für die Emission polnischer Pfandbriefe völlig bedeutungslos ist. Das französische Kapital tritt inzwischen Polen gegenüber mit dem Charakter eines Monopolisten in Erscheinung und diktiert deshalb Bedingungen, die zweifellos Monopolcharakter tragen. Als einziger noch in Betracht kommender großer Kreditmarkt ist London zu nennen, aber auch auf dem Londoner Markt ist die Lage zurzeit ungünstig.

Tatsächlich liegt ja der Kurs der polnischen Stabilisierungsanleihe in London sieben Punkte höher, als der New Yorker, aber auch das ermöglicht noch nicht die Emission von Pfandbriefen zu geeigneten Bedingungen. Außerdem nimmt die Londoner Börse Auslandsemissionen gegenüber dem Preis ein durchaus ablehnenden Standpunkt ein, und dieser Standpunkt kann infolge des häufigen Geldabflusses aus London noch keine Änderung erfahren. Emissionen der mittel- und osteuropäischen Staaten, die dort zuhause kamen, wurden unter geradezu unerhörten Bedingungen abgeschlossen. So erhielten einige deutsche Städte im Jahre 1929 Anleihen auf wenige Jahre bei 8 Prozentiger jährlicher Verzinsung zum Subscriptionskurs, der oft 95 Prozent nicht überschritt. Das Sinken des englischen Diskontsatzes auf 5 1/2 Prozent am 21. d. M. ändert an dieser Lage vorläufig nichts, da die Schwierigkeiten auf dem langfristigen Kreditmarkt bereits vor Ende September d. J. bestanden, als der amtliche Zinssatz in Großbritannien von 5 1/2 auf 6 1/2 Prozent erhöht wurde. Jedoch ist es immerhin möglich, daß die Rückwanderung der englischen Einlagen aus New York nach den Londoner Banken in der nächsten Zeit erleichterte Bedingungen für langfristige Kredite schafft.

Auf dem Brüsseler, Amsterdamer und Schweizerischen Geldmarkt herrscht eine ausgeprägte Depression, und der langfristige Kredit ist teuer. Im übrigen kann auf diesen kleineren Geldmärkten keine größere Emission organisiert werden ohne entsprechende Unterstützung der englischen, französischen und amerikanischen Börsen und Banken. Der gegenwärtige Augenblick ist auch hier durchaus nicht geeignet, für die Wendung irgend welcher Verhandlungen über langfristige Kredite, da sie nur eine unerwünschte Bindung auf 25 Jahre mit sich bringen würden. Der Export amerikanischer Kapital nach Europa vermindert sich infolge der Wirtschaftsdpression in den Vereinigten Staaten nicht nur nicht, sondern vergrößert sich sogar. Das amerikanische Kapital, das keine entsprechende Anlagemöglichkeit in den Vereinigten Staaten selbst findet, wird eifriger als bisher die Anlage im Ausland suchen. Es ist also möglich, daß schon im Jahre 1930, wo die technischen Schwierigkeiten überwinden sein werden, die gegenwärtig einer Emission europäischer Anleihen in New York entgegenstehen, Polen wird billigere und günstigere amerikanische Kredite in Anspruch nehmen können. In einem solchen wichtigen Augenblick dürfte es daher empfehlenswerter sein, abzuwarten, bis sich die Konturen der veränderten Lage auf dem Markt für Investitionskredite deutlicher zeigen. Aus diesem Grunde ist vorläufig auf eine Vermittlung des Projektes einer landwirtschaftlichen Zentralbank noch nicht zu rechnen.

Keine Anleihe für die Zentral-Agrarbank. Warschau, 26. November. Im Finanzministerium fand am Sonntag eine Konferenz der Vertreter der Institution für langfristigen Kredit für die Landwirtschaft statt. Das Thema der Konferenz bildeten die Pariser Verhandlungen über die Gründung der Zentral-Agrarbank. Nach einer Information des Finanzministers hat die in Paris wegen der Gründung dieser Bank verhandelnde Auslandsgruppe festgestellt, daß die gegenwärtige Lage auf den Geldmärkten Amerikas, Englands und Frankreichs der Gründung der Zentral-Agrarbank nicht günstig sei. Das Auslandskonsortium habe jedoch versichert, daß es nicht aufhören werde, sich weiterhin für die Frage der Gründung einer solchen Bank für Polen zu interessieren.

Demenz Bemühungen um die Gründung der landwirtschaftlichen Zentralbank.

Der amerikanische Finanzbeirat Demenz wird sich entweder gegen Ende Dezember oder zu Beginn des Januar auf eine längere Reise nach den Vereinigten Staaten begeben. Demenz ist einer der Hauptförderer der beschriebenen Gründung einer landwirtschaftlichen Zentralbank, deren Aufgabe es sein soll, Pfandbriefe auf dem ausländischen Markt unterzubringen, um dafür langfristige Kredite zu erhalten. Die Gründung der Zentralbank, für die sich Demenz nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in Frankreich recht lebhaft eingesetzt hatte, sollte gegen Ende des Jahres perfekt werden. Die Verhandlungen scheinen aber vollkommen ins Stocken geraten zu sein. Anlässlich

des überaus schwierigen Lage auf dem Finanzmarkt, die infolge des Krawals auf dem amerikanischen Markt entstanden ist, erscheint es nicht unmöglich, daß Demenz nun, nachdem der Diskontsatz in den meisten Staaten herabgesetzt worden ist, sich wiederum der Vorbereitung für das Zustandekommen dieser Zentralbank widmen wird.

Der Heringsimport über Danzig.

Aus Kreisen der Danziger Heringsimporteure geht uns zu unserer Meldung in Nr. 268 „Die polnische Heringsimport über Danzig und Gdingen“ folgendes Schreiben zu:

In letzter Zeit sind in der polnischen Presse Artikel erschienen, in denen es mit lebhafter Freude begrüßt wird, daß in Gdingen eine polnisch-englische Gesellschaft gegründet wurde zur Einfuhr von Salzheringen über Gdingen nach Polen, weil dadurch die Monopolstellung der Danziger Importeure, die zum Schaden des polnischen Volkes und des polnischen Staatschaßes ausgenutzt würde, gebrochen wird.

Diese durchaus abwegige Behauptung darf, auch gerade im Interesse des polnischen Volkes, nicht un widerprochen bleiben. Seit Jahrhunderten wird das polnische Gebiet von Danzig aus mit dem wichtigsten Volksernährungsmittel Hering versorgt und es ist deshalb klar, daß die nötigen Vorbereitungen für eine einwandfreie Belieferung des polnischen Hinterlandes in dieser langen Zeit mit einer Vollkommenheit sich entwickelt haben, die nicht übertroufen werden kann. Viele Generationen haben daran gearbeitet, um die Einrichtungen für die sachgemäße Einlagerung, Konzentrierung und Pflege der Heringe so vollkommen zu machen, wie es nur irgend möglich ist, so daß die polnische Kundschaft die absolute Gewähr dafür hat, freiz von Danzig aus gut und reell bedient zu werden. Daß sie außerdem auch stets billigt in Danzig ihren Bedarf decken kann, dafür bürgt die große Konkurrenz unter den vielen Importeuren, die immer ein wohl assortiertes Lager unterhalten, so daß alle Kunden, je nach der Geschmacksrichtung ihrer Abnehmer hier voll bedient werden können. Von einer Monopolstellung der Danziger Importeure kann also nur in der Hinsicht gesprochen werden, daß sie durch die auf sie überkommenen, jahrhundertalten Erfahrungen ihrer Organisation — nicht nur in Danzig, sondern auch in den Produktionsländern — und ihre Kapitalkraft kaum übertroufen werden können. Das aber ist eine Monopolstellung, die sich nur zum Besten der polnischen Kundschaft auswirkt.

Im übrigen kann jeder Pole ebenso gut wie jeder Danziger, ungehindert Heringe über Danzig einführen und nach Polen weiterverkaufen. Von einem wirklichen Monopol der Danziger, das polnische Staatsbürger ausschließt, kann also keine Rede sein und es hätte deshalb die neue polnisch-englische Gesellschaft ihre Heringe ebenso gut über Danzig, wie über Gdingen einführen können, was ja auch um so näher lag, als Danzig doch nur deswegen von den Deutschen Reich abgetrennt wurde, um Polen die Möglichkeit zu geben, den Danziger Hafen frei und voll für sich benutzen zu können.

Preiszerknennung. Der von der Posener Industrie- und Handelskammer ausgesetzte Preis für die heute Arbeit über das Thema „Mittel für die Aktivierung der Handelsbilanz“ ist in Höhe von 4000 Zloty dem bekannten Wirtschaftspolitiker Roger Battaglia zugesprochen worden.

Polnischer Frachtnachschuß für den Transit bei Gütern von und nach der Tschechoslowakei. Im Rahmen des polnisch-tschechoslowakischen Eisenbahnvertrages wird für die Durchfuhr von Getreide der Post. O-S mit fünf lebende Haustiere eine Frachtermäßigung im Falle der Durchfuhr zugestanden. Die Ermäßigung gilt von den Grenzübergängen bei Mikolajewitz, Olchowitz, Pobjowolozyska, Sniatyn-Balucze, Stolce, Turmont, Jachacie und Jabolunowo. Das Fracht wird bei Getreide nach der Wagenklasse 9 mit einer Ermäßigung von 21 Groschen per 100 Kilogramm und bei Sendungen lebender Haustiere nach der Wagenladungsklasse 21 mit einem Nachschuß von 100 Groschen für 1 m³ Ladefläche berechnet. Die Sendungen müssen mit internationalen direkten Frachtbriefen in einer rumänischen, lettischen oder russischen Station nach der Tschechoslowakei aufgegeben werden. Weiter wird eine Frachtermäßigung im Falle der Beförderung von Zellulose und Holz, wolle, Zement, Kautschuk, Porzellanerde, Koks, Lokomotivmaterialien, landwirtschaftliche Geräte, Obst, Zeitungspapier, Bier, Leder, Malz, Glas, Eisenbahnfahrzeuge, Kohle, Wein in Fässern, Porzellanwaren, keramischer Waren, Eisen und Stahl und von Eisen- und Stahlwaren eine Ermäßigung gewährt. Die Ermäßigung gilt von allen polnisch-tschechoslowakischen Grenzübergangspunkten nach den Übergängen Czajkowo, Jamielisz, Mikolajewitz, Olchowitz, Pobjowolozyska, Sniatyn, Balucze, Stolce, Turmont, Jachacie und Jabolunowo. Die Fracht ermäßigt sich bei Haß- und Ganzwagenladungen um 18 bis 50 Groschen je nach der Klasse, nach der das Gut normal tarifiziert. Die Sendungen müssen mit direkten internationalen Frachtbriefen von einer tschechoslowakischen Station nach nur ostbaltischen, lettischen, rumänischen oder russischen Stationen bestimmt sein.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Wertung im „Monitor Polski“ für den 28. November auf 5,244 Zloty festgelegt.

Der Zloty am 27. November. Danzig: Ueberweisung 57,41—57,55, Bar 57,44—57,58, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,70—46,90, Wien 46,725—46,925, Antowitz 46,725—46,925, Bar gr. 46,60—47,00, Zürich: Ueberweisung 57,75, London: Ueberweisung 43,49, New York: Ueberweisung 11,25, Prag: Ueberweisung 37,62, Mailand: Ueberweisung 24,25, Budapest: Bar 63,95—64,15, Wien: Ueberweisung 79,51—79,70.

Warenkurse vom 27. November. Umläge, Verkauf—Kauf. Belgien —, Belgard —, Budapest —, Butare —, Sellingsers —, Spanien —, Holland 359,70, 360,60 — 359,80, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 48,48, 48,59, 48,28, New York 8,89, 8,91, 8,87, Oslo —, Paris 35,11, 35,20 — 35,02, Prag 26,44, 26,51 — 26,37, Riga —, Schweiz 173,00, 173,43 — 172,57, Stockholm —, Wien —, Italien 46,67, 46,79 — 46,55.

Antike Devisen-Kotierungen der Danziger Börse vom 27. November. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London 25,00 Gd., 25,00 Br., New York — Gd., — Br., Berlin — Gd., — Br., Warschau 27,44 Gd., 27,58 Br., Wien: London 25,60, Gd., 25,60, Br., Berlin 22,507 Gd., 22,813 Br., New York — Gd., — Br., Holland — Gd., — Br., Zürich — Gd., — Br., Paris — Gd., — Br., Brüssel — Gd., — Br., Sellingsers — Gd., — Br., Kopenhagen — Gd., — Br., Stockholm — Gd., — Br., Oslo — Gd., — Br., Warschau 57,41 Gd., 57,55 Br.

Berliner Devisenkurse.

Diff. Zinsfuß	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 27. November	In Reichsmark 26. November
—	Buenos-Aires	1,735	1,723
—	Kanada	4,123	4,124
5,46%	Japan	2,041	2,045
—	Rairo	20,38	20,875
—	Konstantinopel	1,243	1,548
5,5%	London	26,36	20,35
5%	New York	4,1735	4,1730
—	Rio de Janeiro	0,480	0,489
—	Uruguay	4,036	4,016
5,5%	Amsterdam	168,1	168,74
8%	Wien	5,43	5,44
4%	Brüssel	58,365	58,385
7%	Danzig	51,41	51,395
7%	Sellingsers	19,483	10,488
7%	Italien	21,845	21,84
7%	Jugoslawien	7,324	7,394
8%	Kopenhagen	111,88	111,84
8%	Moskau	18,80	18,80
5,5%	Oslo	111,84	111,79
3,5%	Paris	16,44	16,435
8%	Prag	12,82	12,82
7,5%	Schweiz	81,32	80,925
10%	Sofia	3,015	3,016
10%	Spanien	57,81	56,87
4,5%	Stockholm	112,29	112,21
7,5%	Wien	58,72	58,715
8%	Budapest	73,02	73,04
9%	Warschau	46,70	46,90

Zürcher Börse vom 27. November. Amtlich: Warschau 57,75, New York 5,15, London 25,13, Paris 20,29, Wien 17,48, Prag 15,23, Italien 26,27, Belgien 72,03, Budapest 80,12, Sellingsers 12,95, Sofia 3,72, Holland 267,90, Oslo 133,08, Kopenhagen 138,00, Stockholm 138,55, Buenos Aires 2,12, Tokio 2,53, Butare 3,07, Wien 6,71, Berlin 123,30, Belgard 9,12, Konstantinopel 2,40, Privatdiskont 5, pEt. Tägl. Geld 5 pEt.

Die Bank Polki hat heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,35 Zl., do. kl. Scheine 8,84 Zl., 1 Pfund, Sterling 43,91 Zl., 100 Schweizer Franken 172,31 Zl., 100 Franz. Franken 44,97 Zl., 100 deutsche Mark 21,52 Zl., 100 Danziger Gulden 173,21 Zl., tschech. Krone 26,34 Zl., österr. Schilling 124,93 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 27. November. Seit verinsliche Werte: Notierungen in Prozent: Spruz, Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 49,00 G., Spruz, Dollarbriefe der Posener Landbank (1 D.) 88,00 G., 4proz. Konvertierungsanleihe der Pos. Landbank (100 Zloty) 49,00 G., Tendenz unverändert. — Industrieaktien: Centr. Polnik, 90,00 G., Gufz Jbony 35,00 G., Dr. Roman May 90,00 +, Tendenz unverändert. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 27. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Polen.

	Richtpreise:		
Weizen	39,25—41,25	Rübenlamen	70,00—74,00
Roggen	27,50—28,00	Feldberben	38,00—42,00
Wahgerste	23,00—27,00	Wittoriaerben	45,00—52,00
Braugerste	27,00—30,00	Kolgererben	40,00—47,00
Hafer	23,00—25,00	Roggenstroh, lose	—
Roggenmehl (65%)	—	Roggenstroh, gepz.	—
Roggenmehl (70%)	42,00	Seu, lose	—
Weizenmehl (65%)	59,50—62,50	Seu, gepz.	—
Weizenkleie	18,50—19,50	Blaue Lupinen	—
Roggenkleie	16,50—17,50	Weiße Lupinen	—

Fabrikkartoffeln franco Fabrik 19 Groschen je Stärkeprozent. Gelamtenensa: rubig. Speisefabrikoffeln ohne Geschäft.

Am gestrigen Mittwoch notierte die Posener Börse für 100 Kg. Roggen 27,50—28 Zloty, es war also ein leichter Preisnachlass bei ruhiger Tendenz zu verzeichnen. Der Anstieg von Frachtkosten zufolge ist diese Abschwächung auf folgende Faktoren zurückzuführen: 1. Der Ausschlag der Wasserwege über Ströme und Uß bei der Vollrückführung für exportiertes Getreide (woraüber wir gestern berichteten); 2. die wichtigsten Posener Getreidefirmen, die Mitglieder des Verbandes der Getreideexporteure sind, haben die Exporttransaktionen auf ihre Ausfuhrmittlungen bereits gestiftet, sind aber noch im Besitz weiterer Roggenmengen und sehen sich daher veranlaßt, diesen Roggen mit 2 bis 3 Zloty niedriger abzugeben, als den für den Export bestimmten. Es ist anzunehmen, daß die Abschwächung nur vorübergehender Natur ist.

Danziger Produktenbericht vom 27. November. Weizen 130 Bld. 23,25—23,50, Roggen (für In und Ab) 16,75—17,00, Braugerste (für In und Ab) 16,25—16,75, gute Braugerste 18,00, Futtergerste 15,50—16,00, Hafer 14,50—14,75, Erbsen ohne Handel, Roggenkleie 11,50, Weizenkleie 12,50. Großhandelspreise in Danziger Gulden per 100 Kg. frei Danzig.

Berliner Produktenbericht vom 27. November. Getreide- und Mehlmarkt für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk., 67—77 Kg. 242,00—243,00, Dez. 256,50, März 268,00, Roggen märk., 72 Kg. 177—179, Dez. 193,25—192,75, März 211,50 bis 210,25, Mat 221,00, Gerste 187—203, Braugerste, Futtergerste 167,00—177,00, Hafer märk. 157,00—166,00, Dez. 171,50, März 190,50, Mais 169—170.

Weizenmehl 29,00—34,75, Roggenmehl 25,00—27,75, Weizenkleie 10,75—11,30, Roggenkleie 9,50—10,25, Wittoriaerben 30—38, K. Gweisererben 21—22, Futtererben 21—22, Weisgerste 20,50—22, K. Gweisererben 19—21, Wicken 23—26, Lupinen, blaue 13,50—14,50, Lupinen, gelbe 16,50—17,25, Serrabella, alte —, Serrabella, neue —, Kapsluchen 18,50—19,00, Lentuchen 23,60—23,80, Troadenrührei 2,00—2,40, Soja-Extraktionsöl 18,60—18,90, Karottensilber 15,40—16,00.

Die schwache Veranlagung der überseeischen Getreide- und Mehlmärkte hatte in den gestrigen Nachmittagsstunden eine schwache Stimmung autkommen lassen.

Am Getreidemarkt macht sich auf Grund der nunmehr offiziell erfolgten Ausrückung der Regierungsvorlage über die Agrarfragen außerordentliche Nervosität bemerkbar, unter der das Geschäft stark leidet.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse v. 27. November. Preis für 100 Kilogr in Gold-Mark, Elektrolyt (wird), prompt cif. Hamburg Bremen oder Rotterdam 170,00, Remittend. Metallzinn von handelsüblicher Beschaffenheit —, Originalaluminium (99,99%), in Blöden, Maß- oder Drahtbarren 190, do. in Maß- oder Drahtbarren (99%) 194, Reinblei (98—99%) 350, Antimon-Regulus 65—70, Zinn für 1 Kilogr. fein 67,25—69,00, Gold im Preisverleg —, Platin —.

Biehmarkt.

Bieh und Fleisch. Warschau, 26. November. In der Großhandelsbörse zahlte man für 1 Kg. Schlachtgewicht: Rindfleisch, hinteres 2,70—2,90, vorderes 2,10—2,50, Kalbfleisch, hinteres 3,30 bis 4,20, vorderes 2—3,50, Schweinefleisch 3,20—3,40; Fleisch aus Zufuhr: Rindfleisch, hinteres 2,40—2,60, vorderes 1,90—2,40, Kalbfleisch, hinteres 3,80—3,90, Schafffleisch 2,40—2,70.

Prager Biehmarkt vom 26. November. Man zahlte für 1 Kg. Schlachtgewicht einschließlich Steuer in tschechischen Kronen: Kalber 10—14, ausnahmsweise 14,50, inländische Schweine 13—15, ausnahmsweise 15,50, polnische Schweine 15—15. Auf dem Montagmarkt für lebendes Rindvieh betrug der Antritt 6206 Stück, davon 2951 aus Polen; man zahlte für 1 Kg.: inländische Ochsen 5—8, Bullen 5,50—8, Kühe 4,50—7,80, Färsen 6,50—8,50, polnische Ochsen 6—8,50, polnische Bullen 5—7,40, polnische Kühe 5—7, polnische Färsen 5,75—6,50. Auf dem gleichen Markt notierten lebende Schweine inländisch je Kg.: inländische 11, polnische 9,80 bis 10,50, ausnahmsweise 11—11,25, rumänische 9,50—11,10. Schweine haben schwache Tendenz; polnische Schweine, sowohl lebende wie geschlachtete, sind im Preise gelunten.

Wiener Biehmarkt vom 27. November. In der vergangenen Woche betrug der Antritt auf dem hiesigen Schweinemarkt insgesamt 13 231 Stück, davon aus Polen 3334; Fleischschweine waren 7302, Fleischschweine 5929 Stück aufgetrieben. Man notierte für 1 Kg. Lebendgewicht: prima Fleischschweine 2—2,06, englische Kreuzung 1,90—2,15, Bawerische Schweine 1,80—2, alte 1,80—1,85, galizische und aus Kongopolen 1,70—2,20, polnische Fleischschweine 2,00—2,65. Prima Fleischschweine stiegen um etwa 10 Groschen im Preise. Fleischschweine wurden bei starker Nachfrage zu denselben Preisen wie in der Vormoche verkauft.

Briefkasten der Redaktion.

Willy F. in N. 1. Wir haben Ihre Anfrage unter demselben Kennzeichen schon in der Nr. 269 vom 22. November dahin beantwortet, daß Sie für den Schaden haftbar sind, aber sich an dem Lohn des Arbeiters schadlos halten können. 2. Wenn Sie der Arbeitgeberorganisation angehören, müssen Sie den tarifmäßigen Lohn zahlen, sonst nicht. 3. Über Auswanderungstermine müssen wir Auskunft ablehnen.

Nr. 123, Danzig. Die Erbschaftsteuer ist dort zu erlegen, wo die Erbmasse liegt, in diesem Falle also wohl hiesig und drüben. In Polen ist für Geschwister des Erblassers das Erbe nur bis 3000 Zloty steuerfrei, darüber hinaus, und zwar bis 5000 Zloty, werden an Erbschaftsteuer 10 Prozent, bis 10 000 Zloty 12 Prozent, bis 20 000 Zloty 14 Prozent erhoben.

„Gulm 95.“ Leider ist in dieser Sache nichts zu machen. Die Anwartschaft auf Rente lebt für Sie wieder auf, wenn Sie wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuern und danach eine Rentezeit von 500 Beitragsmonaten zurücklegen, wie Ihnen von Polen ganz richtig mitgeteilt wurde. Mehr sind wir Ihnen zu sagen nicht imstande.

Nr. 338. Die hohe Forderung für die Genehmigung des Untervermietens ist eine Umgehung des Mieterschutzgesetzes, die hiesig ist. Daß Ihre Hausmitten das weiß, geht klar daraus hervor, daß sie sich weigert, Ihnen über diese Beträge Quittungen auszustellen, weil diese ein dokumentarischer Nachweis dafür wären, daß die Miete auf Umwegen überföhrt wird. Wir raten Ihnen, auf der Ausstellung der Quittungen zu bestehen und ohne Quittung keine Zahlung zu leisten. Es braucht niemand eine Zahlung zu leisten, wenn die Quittung verweigert wird.

Skadkowski über Selbstverwaltungen.

Wodj, 26. November. Am vergangenen Sonntag hielt der Innenminister Skadkowski in der Wodzer Philharmonie einen Vortrag über die „schöpferische Arbeit der Selbstverwaltungen“. Der Innenminister leitete seine Rede nach der Wodzer „Freien Presse“ mit der Bemerkung ein, daß er sich bemühen werde, die ganze Materie möglichst an Hand von Zahlen zu erklären. Und zwar an Hand solcher Zahlen, die er jetzt als Minister und später einmal als Privatmann verantworten könne. In der letzten Zeit sei in Polen die Lösung vertreten worden, daß die Regierung schlecht sei, daß nicht nur ihre Taten nichts wert sind, sondern sogar das alles, was mit der Regierung zusammenhängt. Die Selbstverwaltung und ihre Taten seien mit der Regierung nicht verbunden. Da sie aber unter der Oberleitung der Regierung stehe, würde behauptet, daß die Selbstverwaltung dem Untergang geweiht und der Regierung ausgeliefert sei, die sie brüde und erschlage. Ferner besage die Lösung, daß sich die Selbstverwaltung nicht entwickeln und nichts tun könne, da doch die Städte von Regierungskommissaren überschwert und die Stadtverwaltungen aufgelöst werden.

Diesen Ansichten versuchte der Minister-Redner in der Folge damit entgegenzutreten, daß er einige Zahlen aus den Jahren 1919, 1926 und 1929 anführte. Er erklärte, daß im Jahre 1919 in Polen 4067 Regierungskommissare vorhanden gewesen wären, im Jahre 1926 — 352 und im Jahre 1929 — 74. In den kommunalen Kreisverbänden seien im Jahre 1927 — 38 und am 1. Mai 1929 — 89 Regierungskommissare tätig gewesen. Derjenige käufte sich aber, der annehme, daß dies eine reaktionäre Maßnahme der Regierung sei. Fast alle diese Regierungskommissare entfielen auf Kleinpolen, dort, wo ein veraltetes Verwaltungssystem bestesse. Neuwahlen könne die Regierung auf Grund dieses Systems nicht ausschreiben, da dies ein antidemokratischer Schritt wäre, den die Regierung nicht unternehmen wolle. Erst nach Einführung eines neuen Wahlsystems würden in diesem Landesteil Neuwahlen ausgeschreiben werden.

„Wo sind also diejenigen Regierungskommissare, die die Selbstverwaltung mit den Füßen zertreten, darum zertreten, weil sie der Regierung gefallen und ihr zeigen wollen, daß sie etwas tun“ — fragte Minister Skadkowski.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bemühte sich der Minister, gleichfalls an Hand von Zahlen die erfolgreiche Tätigkeit der Regierung nachzuweisen. Wiederrum betonte er, daß er für die Wichtigkeit der Zahlen die volle Verantwortung übernehme. Er erklärte, daß die Zahl der Elektrizitätswerke, der Schlachthäuser, Markthallen, Schulgebäude, der Straßenbahnlinien, der instand gesetzten Straßen usw. stark gestiegen sei. Von allem, was Polen besitze, seien in den ersten acht Jahren 52 Prozent und in den letzten drei Jahren 48 Prozent geschaffen worden. Der Minister ging auf die Vorwürfe ein, die der Regierung wegen der nicht zu Ende geführten Investitionen gemacht werden. Er zog sich dabei ganz geschickt aus der Affäre:

„Im Leben eines Staates, so erklärte er, gibt es keine beendeten Dinge, Momente einer beendeten Arbeit bestehen nicht. Im Leben ist es unter den Menschen ebenso — es gibt Kinder und Ermachsene, und nicht nur lauter Ermachsene. Ein solcher Moment des Endes wäre eine Tragödie. Denselben Gesetzen unterliegt auch das Leben und die Arbeit der Selbstverwaltungen.“

Zur Illustrierung dieser Worte führte der Redner Millionenzahlen an, die aber ebenso gut für wie gegen seine Behauptung zeugen können. Um nur eine herauszugreifen: Wege und Brücken sind für 9 Millionen Zloty fertiggestellt und für 29 Millionen noch nicht beendet. Der Wert der in den Jahren 1926 bis 1929 fertiggestellten Investitionen betrage 510 Millionen Zloty, der noch im Bau befindlichen 236 Millionen Zloty.

Minister Skadkowski schloß seine Ausführungen mit der Feststellung, daß Polen in den zehn Jahren seines Bestehens den Weg gegangen sei, der ihm gewiesen war. Man müße den Zustand des polnischen Staates vor zehn Jahren dem heute bestehenden gegenüberstellen, dann hätte man den Beweis dafür, daß sehr viel geleistet worden sei.

Der Kultusminister an die Studenten.

Treibt Wissenschaft und enthaltet euch politischer Kundgebungen!

Warschau, 26. November. (P.M.) Der Minister für religiöse Bekenntnisse und öffentliches Bildungswesen hat an die Senate sämtlicher akademischen Schulen folgendes Rundschreiben gerichtet:

„In der letzten Zeit werden in den Zentren der akademischen Jugend immer mehr Erscheinungen beobachtet, die darauf hinweisen, daß einige Kreise dieser Jugend gar zu leicht den Einflüssen gewisser Kreise unterliegen, die es als zulässig und angezeigt erachten, die lernende Jugend als Werkzeug im politischen Kampfe mit der Regierung zu benutzen. Die akademische Jugend soll den Mangel der sogenannten „Massen“ in dem betreffenden Lager erleben, die sich zu stürmischen Straßendemonstrationen eignen. Die Situation, die sich dadurch an unseren Hochschulen herausgebildet hat, muß die wahrhaften Freunde der Jugend sowie alle diejenigen mit Unruhe erfüllen, denen daran gelegen ist, daß die wissenschaftliche Arbeit an unseren akademischen

Schulen normal von statten gehe, d. h. in einer Atmosphäre der Ruhe, ohne Unterbrechungen und Erschütterungen.

Von diesem Gedanken geleitet wende ich mich an die Senate sämtlicher akademischer Schulen und durch ihre Vermittlung an sämtliche Mitglieder der Lehrerkollegien dieser Schulen mit der eindringlichen Bitte und dem Appell, über die Erscheinungen des Lebens der akademischen Jugend zu machen und ihnen eine besonders sorgfältige Behandlung zu teil werden zu lassen. Ich weiß, wie schwer es ist, gegen Einflüsse anzukämpfen, die auf die Jugend durch Vermittlung von Fäden politischer Organisationen ausgeübt werden, ich zweifle aber trotzdem nicht daran, daß der Einfluß der dieser Jugend aufrichtig wohlgesinnten Führer des Lehrerkollegiums eine sehr bedeutende, wenn nicht entscheidende Rolle zu spielen vermag. Im besonderen bitte ich um große Vorsicht bei der Erteilung von Genehmigungen für die sogenannten akademischen Versammlungen, besonders in solchen Fällen, bei denen die Befürchtung vorliegt, daß sie entgegen dem Wortlaut des Art. 106 des Gesetzes über die akademischen Lehranstalten (Dziennik Ustaw Nr. 72 vom Jahre 1920) eine politische Manifestation werden können. Ich verstehe die Beweggründe der Herren Rektoren für die sehr liberale Behandlung der Wünsche der Jugend in dieser Frage; aber gleichzeitig bitte ich die Tatsache zu berücksichtigen, daß die akademischen Versammlungen im allgemeinen die Entfesselung der politischen Leidenschaften der Jugend vergrößern.

Die bisherigen Erfahrungen lehren, daß die vorherige Versicherung der Organisatoren der Versammlung durchaus nicht garantiert, daß sich die aufgeregte Jugend in den Grenzen hält, in denen die Genehmigung zu der Versammlung erteilt wurde. Eine gar zu große Verantwortung nehmen aber die akademischen Behörden auf sich, indem sie die Genehmigung zu einer Versammlung erteilen, nach der es zu Reibungen mit den Organen der öffentlichen Sicherheit kommen kann. Unsere Organe der öffentlichen Sicherheit und ihre vorgelegten Behörden haben des öfteren den Beweis erbracht, mit welcher weitgehenden Verständnis sie das Auftreten der Jugend behandeln; doch man muß sich vergegenwärtigen, daß eine Zeit kommen kann, da ich den Herrn Innenminister nicht mehr werde bitten können, daß dieses Verständnis noch dazu auf Kosten des Ansehens der Staatsbehörde ewig währe. Gleichzeitig bitte ich, den unter der Jugend bestehenden Organisationen größere Aufmerksamkeit zu schenken, sowohl denjenigen, die trotz des Mangels einer rechtlichen Grundlage für ihre Existenz offen auftreten und gebildet werden, als auch denen, die wie z. B. die sogenannten Korporationen auf Grund des Art. 99 des Gesetzes über die akademischen Lehranstalten bestehen. Die diesen Vereinigungen angehörige Jugend ist davon in Kenntnis zu setzen, daß diese Vereinigungen von den Behörden nur solange gebildet werden können, solange sie nicht ein Faktor der Zerkleinerung des akademischen Lebens überhaupt und der wissenschaftlichen Arbeiten im besonderen sind. Ich brauche nicht zu versichern, wie sehr mir daran liegt, daß diese wissenschaftliche Arbeit keine Hemmung erfährt. Ich denke an diese Tausende unserer unbemittelten Jugend, die vor allem lernen wollen, und oft die letzten Kräfte anwenden, um sich auf der Universität zu erhalten. Ich weiß, daß der Verlust eines jeden Semesters für diesen friedlichen und eingearbeiteten Teil der Jugend ein wahrer Verlust des Lebens ist. Aber gerade darum appelliere und bitte ich umso inständiger, auf die Jugend zur Wahrung der Ruhe einzuwirken, damit ich nicht zu den letzten Mitteln zu greifen brauche.

(—) St. Czerwiński, Minister.

Korfanty klagt seine Diäten ein.

Kattowitz, 26. November. Unlängst haben wir einen Artikel des sozialistischen Abg. Dr. Liebermann im „Robotnik“ über Verfassungsfragen zur Sprache gebracht. Dr. Liebermann führte aus, daß eine Sejmablösung ohne gleichzeitige Ausschreibung der Wahlen nach der polnischen Verfassung unzulässig sei. Sollte aber dennoch ein solcher Fall eintreten, so bestche der Sejm weiter und könne bindende Beschlüsse fassen. Das, was Dr. Liebermann in bezug auf den Warschauer Sejm sagte, trifft voll und ganz auf den Schlesiischen Sejm zu, denn das Organische Statut für die schlesische Wojewodschaft ist in der polnischen Verfassung verankert, und der Artikel 22 des Organischen Statuts legt dem Staatspräsidenten die Pflicht auf, gleichzeitig mit der Auflösung des Sejms Neuwahlen auszuschreiben. Das ist bekanntlich nicht geschehen. Nach Auffassung Dr. Liebermanns ist eine Sejmablösung ohne gleichzeitige Ausschreibung von Neuwahlen keine gesetzliche Handlung, und der Sejm besteht weiter, folglich kann der Sejmarschall Wolny den Schlesiischen Sejm jederzeit einberufen. Selbstverständlich haben nach dieser Rechtsauffassung die Sejmabgeordneten Anspruch auf Diäten, die aber von dem schlesischen Staatsschatz nicht zur Auszahlung gelangen.

Um die rechtliche Frage aufzuklären, entschloß sich Korfanty, den schlesischen Staatsschatz wegen Zahlung der Diäten zu verklagen. Seine „Polonia“ schreibt darüber Folgendes: „Nachdem der Schlesiische Sejm bereits vor 285 Tagen aufgelöst wurde und Neuwahlen bis heute nicht ausgeschrieben wurden, entschloß sich Korfanty, den Staatsschatz auf Zahlung der Diäten zu verklagen und beauftragte den Advokat Mroczkowski, in seinem Namen beim Gericht die Klage einzureichen. Wird der Prozeß ge-

wonnen und gelangen die Diäten zur Auszahlung, so wird Korfanty das Geld an die Ortsarmen von Kattowitz verteilen. Ihm liegt nur daran, den polnischen Gerichten Gelegenheit zu geben, prinzipiell über das Auflösungsdekret des Staatspräsidenten zu entscheiden, um festzustellen, ob das Auflösungsdekret der Verfassung nicht zuwiderläuft und ob es zurecht besteht.“

Russischer Einmarsch in die Mandchurei.

Ist China kampfbereit?

Die militärischen Handlungen in der Mandchurei sind aus dem Stadium der kleinen Grenzüberschreitungen herausgeschritten. Heute kann man schon von einer großen Offensive der Russen und von der ebenso großen Gegenoffensive der Chinesen sprechen. Der Krieg ist hiermit in vollem Gange, ohne erklärt zu sein.

Die Alarmstimmung in China nimmt mit jeder Stunde zu. Man sprach schon seit langem in maßgebenden chinesischen Kreisen von der Absicht Sowjetrußlands, die nordmandchurische Bahn, die bekanntlich zu Beginn des Jahrhunderts mit russischem Geld erbaut wurde und unter russischer, seit 1922 unter gemeinsamer chinesisch-russischer Verwaltung stand, mit Militärgewalt zurückzuerobern. Diese Bahn ist zum Kriegszweck zwischen Sowjetrußland und China seit dem Augenblick geworden, wo die Chinesen die russischen Beamten vertrieben haben.

In Einigungsversuchen hat es nicht gefehlt. Sie sind aber alle fehlgegangen. Wie nicht anders erwartet werden konnte, machen die Chinesen die Russen dafür verantwortlich und die Russen die Chinesen. Tatsache ist, daß russischerseits ein Vertragsentwurf ausgearbeitet und den Chinesen zur Unterzeichnung vorgelegt wurde, der die Wiederherstellung des Status quo auf der mandchurischen Bahn vorsieht. Die Chinesen haben sich zu diesem Vertragsentwurf nicht geäußert, also müssen sie mit ihm nicht einverstanden sein. Wollen sie also die mandchurische Bahn für sich behalten? Inzwischen war die Kriegsstimmung an den beiden russisch-mandchurischen Grenzen im Steigen begriffen, und es sah die ganze Zeit so aus, als käme es darauf an, wie weit die Gebuld reißt bezw. wer zuerst mit den kriegerischen Vorbereitungen, die infolge der ungeheuren Entfernungen lange Zeit in Anspruch nehmen müssen, fertig werden wird. Nun haben die Russen vor wenigen Monaten die Reorganisation der fernöstlichen Sonderarmee durchgeführt, an deren Spitze der rote Oberbefehlshaber Blücher gestellt wurde. Diese fernöstliche Sonderarmee besteht aus Truppen, die sich ihrer Existenz nicht zu scheuen brauchen. Was haben inzwischen die Chinesen erreicht?

Die Chinesen haben sich zunächst damit beschäftigt, daß sie vergeblich versuchten, die Machtverhältnisse in Nanking und in Mukden zu klären. In Nanking, der offiziellen Hauptstadt Gefangenen, weilt die zentrale chinesische Regierung unter Führung des Marschalls Tschiang-Kai-Scheh. In Mukden, der Hauptstadt der drei mandchurischen Provinzen, herrscht der 28jährige Tschang-Hsi-Üiang, der Sohn von Tschiang-Kai-Schehs Erbfeind, dem erworbenen nordchinesischen Diktator Tschang-Fo-Bo. Der junge Tschang-Hsi-Üiang hat offiziell die Kuomintang-Regime Nankings gelehrt. In der Praxis aber verfügt er über die größte Selbstständigkeit. Bei den Auslanderverhandlungen mußte man monatelang nicht, wer tonangebend ist, Nanking oder Mukden, und wer die Anweisungen den chinesischen Bevollmächtigten erteilt. Dieser Wirrwarr hat den Gang der russisch-chinesischen Verhandlungen nicht unerheblich beeinflusst, selbstverständlich in ungünstiger Weise.

Von dem Gegenwah Nanking-Mukden abgesehen, hat aber China noch größere Sorgen: Der Bürgerkrieg im Reiche der Mitte war nämlich in den letzten Wochen in vollem Gange, und der christliche Marschall Feng und der nationalistische Marschall Tschiang-Kai-Scheh, von den übrigen kleinen Marschällen unterstützt bezw. verraten, leiteten mit großer Leidenschaft militärische Operationen gegeneinander ein, deren gegenseitiges Ziel es war, die Kräfte des Gegners zu umgeben. Wenn von den beiden Marschällen dies gelungen ist und inwieweit, vermag niemand festzustellen. Die strategische Lage in Zentralchina war und ist wohl noch in diesem Augenblick völlig chaotisch.

Nun hat Tschiang-Kai-Scheh einen Aufruf erlassen, der das Ende des Bürgerkrieges und das Sammeln der Kräfte gegen Ausland voranschlägt. Wird dieser Aufruf von Erfolg sein? Ist er nicht nur ein Manöver Tschiang-Kai-Schehs, dessen militärische Lage, soweit man sich in ihr auskennt, keineswegs glücklich zu sein scheint? Wird vor allen Dingen der Mukdener Herrscher Tschang-Hsi-Üiang imstande sein, einen Kampf um die nordmandchurische Bahn auszutragen? Dies alles sind Fragen, die die letzten Ereignisse in der Mandchurei ungemein aktuell gemacht haben und deren Beantwortung die weiteren Ereignisse bringen werden.

Danken Sie an die rechtzeitige Erneuerung des Abonnements!

Bekanntmachung.

Mit dem 1. Dezember 1929 nehmen wir in Betrieb:

Die Butter-Prüfungsstelle in Miasteczko n/N., Bahnhof, Tel. 21.

Die Butter-Prüfungsstelle in Drawski Mlyn, Bahnhof, Tel. 6.

Die Prüfungsstellen werden laut Verordnung vom 19. 9. 1929 betr. Festsetzung von Ausfuhrzoll für Butter Bescheinigungen ausstellen, die zur zollfreien Butterausfuhr berechtigen.

Molkereien und Butterexporteuren erteilen wir jederzeit ausführliche Informationen.

Izba Przemysłowo-Handlowa in Bydgoszcz
Rynek Rynek 8. Tel. 242, 1821. 14745

Nie wieder so billig

Total-Ausverkauf wegen Liquidation

Mercedes 2 Mostowa 2

Einfuhrfrei!

Anbiete freibleibend aus im Dezember und Januar interessierenden Dampferladungen

la holländische Braunkohlen-Briketts, 7,50llig
Preis D. Gulden 41. — pro 1000 kg
franko Waggon Danzig-Railhafen.

Wilhelm F. Krüger, Danzig,
Hopfenstraße 89. 14744
Telefon 21122. Telear. Adr. Kohlenfrüger.

Pr. vat. Simoufine 5 - Siber
neuer durchzugsfähiger Amerikaner für
Sourerfahrten zu verleihen.
Bestellungen Telefon 1397.

Wachtung!

Gewasch. Blättwäche w. laub. gut und billig
geplättet: A-raa, 10-15
gr. Stuhl, 10gr. Chemif.
20gr. Oberhemd, 10-60
gr nur b. Fr. Czerwinka,
Sniadeckich 15/16. Bor-
derhaus, 2 Tr. 6528

Wer verleiht
150 m Feldbahngeleis u.
2 Rindporen? Off. unt.
„J. 8420“ an Ann.-Exp.
Wallis, Loriah. 14707

Strohpresse
verleiht 14748
Jouagen-Gesellschaft
Grundstadt,
Tulj, Groblak 36, Tel. 117.

Rundschau des Staatsbürgers.

Keine Mechanisierung der Bädereien.

Im „Dziennik Ustaw“ Nr. 78 ist eine Verordnung des Innenministers erschienen, durch welche die Verordnungen zur Mechanisierung der Bädereien, veröffentlicht im „Dz. Ust.“ 102 des Jahres 1927 und „Dz. Ust.“ 57/1928, aufgehoben werden.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Pünktlichkeit zugesichert.

Bromberg, 28. November.

Wettervorausage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Der neue Bromberger Burgstarost.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Warschau meldet, ist durch Verfügung des Innenministeriums vom 23. d. M. der Leiter der Verwaltungsabteilung des dortigen Wojewodschaftsamtens Włodzimierz Dworakowski zum Burgstarosten in Bromberg ernannt worden.

Diese Ernennung steht im Zusammenhang mit der Neuorganisation der hiesigen Polizei, die bisher städtisch war und nunmehr auf Grund eines Beschlusses des Ministerrats staatlich geworden ist. Der Titel Burgstarost ist ungefähr gleichbedeutend mit dem des Polizeipräsidenten in den großen Städten in Preußen. Zur preussischen Zeit wäre die Neuorganisation eine Anerkennung des Großstadtkarakters der betreffenden Stadt gewesen. Diese Bedeutung wohnt in gewissem Maße zweifellos auch der jetzigen Neueinrichtung inne.

Der Tätigkeitsbereich des Burgstarosten bei uns beschränkt sich lediglich auf die Polizei, während die bereits bestehenden Burgstarosten in den größeren Städten Kongresspolens gleichzeitig die Spitzen der allgemeinen Verwaltung darstellen.

In Bromberg bestand von altersher die Tendenz, die Polizei aus dem Rahmen der Stadtverwaltung herauszuheben; dieses Bestreben hatte seinen Grund darin, daß damals die Tätigkeit der Kriminalpolizei fast auf Schritt und Tritt dadurch behindert wurde, daß an den Grenzen der zahlreichen stark besetzten Vororte ihre Macht zu Ende war. Ganz z. B. in Bromberg ein Einbruchsdiebstahl statt, den die städtische Polizei aufzuklären suchte, und führten die Spuren der Eindringlinge über das Reichsbild der Stadt hinaus, so mußte die Polizei sich mit derjenigen des Landkreises in Verbindung setzen resp. dieser die weitere Verfolgung überlassen, was große Nachteile zur Folge hatte. Diese Nachteile, weil Zeit verloren ging, die in solchen Fällen geldwert ist, und andererseits weil die Polizei des Landkreises hinsichtlich ihrer Organisation und ihrer Schlagkraft weit hinter der städtischen zurückstand. Aber diese berechtigten Tendenzen, die städtische Polizei zu verstaatlichen, scheiterten daran, daß die Stadt nicht groß genug war, um diese Maßnahme zu rechtfertigen, und daß andererseits die Stadt eiferfüchtig darüber wachte, daß ihr keines ihrer alten Rechte entzogen werde.

Aber auch innerhalb der städtischen Verwaltung gab es in dieser Frage tiefere Divergenzen; so wollte der jeweilige Leiter der Polizei, war es nun der zweite Bürgermeister oder ein juristisch vorgebildeter Stadtrat, nicht Polizeidezernent sein, worauf der leitende Bürgermeister Gewicht legte, sondern Polizei dirigent; d. h. er wollte vom Magistrat unabhängig sein, während der leitende Bürgermeister das Recht für sich in Anspruch nahm, den Polizeileiter jederzeit durch ein anderes Magistratsmitglied zu ersetzen. Formell ist dieser Gegensatz niemals ausgeglichen worden, d. h. der Polizeileiter blieb Magistratsdezernent, aber man redete ihm vom Magistrat aus möglichst wenig hinein.

Heute liegen die Dinge ungleich anders, und zwar dadurch, daß die Eingemeindungsfrage, die sich zur preussischen Zeit jahrzehntelang in Erwägungen erschöpfte, in abgekürztem Verfahren durch einen Federstrich von oben zugunsten der Stadt gelöst worden ist, wodurch Bromberg in die Reihe der Großstädte eintrat.

Die im „Monitor Polski“ seinerzeit angekündigten Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Ministeriales über die Burgstarosten in dem ehemals preussischen Teilgebiet sind noch nicht erschienen, man kennt also noch nicht genau ihren Wirkungsbereich. Was bei der Ernennung des neuen Bromberger Polizeileiters Bedenken erregen kann, ist seine mutmaßliche Unbekanntschaft mit den Verhältnissen bei uns, die selbstverständlich von den Warsauer, was Land und Leute anlangt, grundverschieden sind. Aber schließlich kommt es in erster Linie auf den Mann selbst an; von ihm wird es abhängen, ob er für seinen Posten paßt oder nicht.

Kleine Schiebung — große Folgen.

Der Krieg hat soviel verwickelte Situationen als Folgeerscheinungen gehabt, daß die Wirrnisse heute, zehn Jahre nach Friedensschluß noch längst nicht alle als gelöst und geglättet bezeichnet werden können. Immer wieder und wieder kehren, ganz abgesehen von den Verwicklungen in der Politik und im Völkerverleben, kleine Ereignisse zutage, die beweisen, welche Komplikationen durch Zufälle während des Krieges geschaffen wurden.

In Warschau lebten zwei Brüder, von denen der eine verheiratet war. Als der Krieg ausbrach, wurden beide eingezogen und kamen in das gleiche Regiment. In einem der ersten Kämpfe wurde der Jüngere durch eine Kugel so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Der verheiratete Bruder nahm die Papiere an sich und mußte sich mit den Resten des Regiments zurückziehen. Das Regiment galt als aufgelöst, wurde neu geordnet und da stand plötzlich in der Stammliste der Name des gefallenen Bruders, statt des lebenden, verheirateten. Zufall oder Abficht — jedenfalls hatte der Überlebende die Papiere des Toten vorgezeigt und wurde als solcher weitergeführt. Gefallen war angeblich der Verheiratete.

Dem war es anscheinend recht, denn er legte keinen Protest gegen den Irrtum ein. Und er kam heil und gesund aus dem Felde zurück zu seiner Frau — die ja jetzt durch die Neuordnung der Familienverhältnisse durch einen Feldwebel zu seiner Schwägerin geworden war. Um kein Aufsehen zu erregen, verließ das Paar Warschau und ließ sich in Bromberg nieder. Hier meldete man sich als „Schwager“ und „Schwägerin“ an und der erste sorgte in rührender Weise für die „verwitwete“ Frau seines „gefallenen“ Bruders.

Als Witwe eines gefallenen Kriegers hat man schließlich auch Anspruch auf eine Rente. Und da die Zeiten heute schwer sind, muß man nehmen, was sich bietet. So dachte auch das Schwager-Paar. Man bemühte sich um diese Rente und erhielt sie schließlich auch nach Erledigung aller Formalitäten, zumal ja die „Papiere des Gefallenen“ in Ordnung waren.

Aber auch eine unrechtmäßige Rente geht nur solange zu der Witwe, bis die Polizei davon erfährt. Aus irgendeinen Gründen kam diese Behörde der Schiebung auf den Grund und „Bruder“ und „Schwägerin“ wurden plötzlich, was sie schon immer gewesen: Mann und Frau. Gegen beide wurde ein Strafverfahren eingeleitet wegen Schädigung des Staatsschatzes durch Betrug.

§ Scharfschießen führt das 62. Infanterie-Regiment am 20. d. M. auf dem Schießplatz in Jagdschütz durch. An den genannten Tagen sind die Zugangswege durch Militärposten gesichert.

§ Chausseeausbesserung. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß die Schüttung auf der Thorer Chaussee auf dem Abschnitt 87,0—87,4 erneuert wird, wodurch der Verkehr eine Behinderung erfährt.

§ 152 000 Auswanderer in einem halben Jahre. Nach den Meldungen des Auswanderungsamtes sind im ersten Halbjahr 1929 insgesamt 152 917 Personen aus Polen ausgewandert, und zwar nach Frankreich 33 090 und nach Deutschland 81 949 Personen (Saisonnarbeiter, die im laufenden Monat zurückkehren), nach Belgien 2388, nach Dänemark 487, nach den Vereinigten Staaten 4352, nach Kanada 13 629, nach Argentinien 10 712, nach Brasilien 3793, nach Palästina 488, nach Uruguay 399. In der gleichen Zeit sind nach Polen 12 442 Personen zurückgekehrt, und zwar aus Frankreich 4471, aus Deutschland 2923, aus den Vereinigten Staaten 423, aus Kanada 380, aus Argentinien 915, aus Palästina 376.

§ Weiteres Steigen der Arbeitslosenzahl. Nach Angaben des statistischen Hauptamtes wurden in der Zeit vom 9. bis 16. November 105 565 Arbeitslose registriert. Darunter 81 857 Frauen. Im Verhältnis zur vorhergehenden Woche ist demnach die Zahl der Arbeitslosen um weitere 5494 Personen gestiegen. Ein Steigen der Arbeitslosenziffern war in nachstehenden Arbeitslosenämtern zu verzeichnen: Lodz 680, Gdynia 602, Wojewodschaft Schlesien 538, Lemberg 398, Biala 370, Posen 282, Krakau 230, Byrdob 187, Dirschau 166, Lublin 158, Bromberg 157, Gdingen 148, Drobobycz 133, Brzesko am Bug 129, Przymysl und Kreis Warschau 125, Siedlce 111, Thorn 110, Chranow 103. Zurückgegangen ist die Zahl der Arbeitslosen in Dohrowice um 344 Personen. Auf die einzelnen Berufe verteilt, ist die Zahl der Arbeitslosen in der Gruppe der Bauarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter und Kopparbeiter gestiegen.

§ Eine neue Steuer für die Handwerkskammern in Sicht. Zur Deckung der Ausgaben der Handwerkskammern soll demnächst ein neuer Zuschlag zu den bereits bestehenden Steuern erhoben werden. Bisher decken die Handwerkskammern ihre Ausgaben von den Zuschlägen zu den Handels- und Gewerbesteuerpatenten der drei niedrigsten Kategorien. Die Einnahmen aus diesen Quellen reichen nicht zum Unterhalt der Handwerkskammern aus und es wird daher projektiert, zu sämtlichen Gewerbesteuerpatenten einen jährlichen Zuschlag in Höhe von 20 Zloty und außerdem für jeden Gehilfen 10 Zloty sowie für jeden Lehrling 5 Zloty jährlich zu erheben. Nach dem Projekt werden die Handwerkskammern das Recht haben, diese Zuschläge zu ermäßigen, jedoch nicht zu erhöhen. Außerdem soll ein zweites Projekt bestehen, dahingehend, zu der Umsatzsteuer einen Zuschlag von 0,5 Prozent zu erheben. Dieses zweite Projekt hat jedoch in den interessierten Kreisen einen heftigen Widerstand gefunden, daß es gar nicht in Betracht gezogen werden dürfte.

§ Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung. Die Hauptverwaltung des Arbeitslosenfonds hat beschlossen, für diejenigen, die bis 31. Dezember d. J. für 13 Wochen Unterstützung erhalten haben, die Dauer auf 17 Wochen auszu dehnen. Dies trifft für folgende Städte zu: Posen, Brom-

berg, Gnesen, Inowroclaw, und für die Kreise Posen, Bromberg, Gnesen, Schmiegel, Gostyn, Kosen, Birnbaum, Wangrowitz, Lissa, Schrimm, Neutomischel, Koschmin, Jarotchin, Wreschen, Znin, Krotoschin, Grätz, Kempen, Wolstein, Czarnikau, Udelnau, Samter, Schilberg, Rawitsch, Pleschen, Dittrowo, Kolmar, Dobornik, Inowroclaw, Mogilno, Strelno, Schubin und Wirsig.

§ Flucht eines Gefangenen. Von einem Gefangenen-transport geflüchtet ist auf der Strecke Alexandrowo—Thorn der 23jährige Gefangene Anton Dopierala, ein sehr gefährlicher Bandit. Es gelang ihm, aus dem fahrenden Zuge zu springen und zu entkommen. Er ist 1,70 groß, hat längliches Gesicht, kleinen englisch geschnittenen Schnurrbart und trägt eine Hornbrille. Die Polizei bittet, sie sofort beim Aufsuchen des gesuchten Verbrechers zu benachrichtigen.

§ Zwei Diebe, die einem Landwirt in Bromberg zwei Paar Geschirre gestohlen hatten, wurden von der Polizei festgenommen, als sie das Diebesgut an einen anderen Landwirt verkaufen wollten. Die Geschirre wurden ihrem rechtmäßigen Eigentümer wieder zugestellt.

§ Einbrecher drangen in einer der letzten Nächte in den Stall des Schubinerstraße 19 wohnhaften Stefan Piatak und stahlen einige zehn Kilo Zwiebeln und Karotten.

§ Wer ist der Väter? Verhaftet wurde ein Mann, der eine große Menge Bücher bei sich hatte, über deren Herkunft er keine Auskunft geben konnte.

§ Krone (Koronowo), 27. November. Am 25. d. M. feierte das Julius Lamprecht'sche Ehepaar in voller Rüstigkeit das Fest der goldenen Hochzeit. Die kirchliche Einsegnung fand am Nachmittag durch Pfarrer Weiss unter großer Beteiligung der Gemeinde in der hiesigen evangelischen Kirche statt. Der Jubilar gehört über 30 Jahre der Kirchenverwaltung an. Das Jubelpaar wurde durch Pfarrer Weiss am Kircheingange empfangen und in feierlichem Zuge, wobei die Herren der kirchlichen Körperschaften vollzählig erschienen waren und Spalier bildeten, bis zum Altar geleitet. Im Anschluß an die feierliche Einsegnung überreichte Pfarrer Weiss im Auftrage des Konviktoriums in Posen ein Gedenkblatt sowie ein persönliches Hand schreiben des Generalsuperintendenten Plan, schließlich als Geschenk der Gemeinde eine große Bibel. An demselben Tage feierte Stellmachermeister Lamprecht auch sein 50jähriges Meister- und Geschäftsjubiläum. Von Seiten der Bromberger Handwerkskammer wurde durch eine Abordnung des Vorstandes, im Beisein des Vorstandes der hiesigen Schmiede- und Stellmacherinnung, ein Diplom sowie eine Ernennung zum Ehrenmeister überreicht. Am Abend fand eine Feier statt, die Verwandte und Freunde vereinigte und bei der eine große Zahl Glückwunschkarten zur Verlesung kamen.

* Kruszwitz (Kruszwica), 27. November. Ein tödlicher Unfall ereignete sich am vergangenen Freitag in der hiesigen Zuderfabrik. Der während der Kampagne in der Zuderfabrik angestellte Arbeiter Stanislaw Muszynski wollte, nachdem die Zentrifuge mit dem Zuderbrei angefüllt war, entgegen den bestehenden Vorschriften und Anordnungen die zum Abschöpfen des Schaums dienende kleine Holzschaufel, die er in den Händen hielt, reinigen. Er ging hierbei jedoch derart unvorsichtig vor, daß ihm die Schaufel von der Zentrifuge mit einer heftigen Wucht aus der Hand gerissen wurde, daß sie ihm in die linke Seite unterhalb des Herzens eindrang. Er wurde fast vollständig durchbohrt. Trotz sofortiger ärztlicher Hilfe gab Muszynski bereits nach einer halben Stunde seinen Geist auf.

* Dittrowo, 27. November. Gegen die Gültigkeit der Stadiverordnungen wahlen haben, nach einer Meldung der „Agencia Wschodnia“, die Vertreter der Liste 3 (Christlich-Demokraten und Nat. Arbeiterpartei) in Dittrowo beim Posener Verwaltungsgericht Einspruch erhoben.

Polnisch-Oberschlesien.

* Bielig (Biala), 27. November. Großes Schadenfeuer. In der Tuchfabrik der Gebrüder Thugendhaft wurden durch ein Großfeuer 20 000 Kilogramm Wolle, Baumwolle sowie die Fabrikeinrichtung eines Stockwerkes zerstört. Das Feuer konnte erst nach vier Stunden lokalisiert werden. Der Sachschaden beziffert sich auf etwa 900 000 Zloty. Die Entstehungsurache des Feuers ist bisher nicht ermittelt. Man nimmt Kurzschluß oder unvorsichtigen Umgang mit einer brennenden Zigarette als Ursache des Brandes an. Das Feuer brach etwa eine Stunde nach Arbeitsbeginn aus, so daß Menschen nicht zu Schaden gekommen sind.

Wasserstandsrichtern.

Wasserstand der Weichsel vom 28. November.

Krakau + 2,68, Zawichok + 1,00, Warschau + 1,24, Bock + 0,86, Thorn + 0,90, Nordon + 0,94, Culm + 0,85, Graubenz + 1,12, Rurzel + 1,53, Bidel - 0,53, Dirschau - 0,46, Einlage + 2,20, Schiewenhorst + 2,40.

Chef-Redakteur: Gottlob Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiele; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Martin Seple; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Praggobast; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 271.



.. und bis zum 10. Jahre

dürfen Sie als besorgte Mutter für die zarte, empfindliche Haut Ihres Kindes nur die milde und reine

NIVEA KINDERSEIFE

verwenden. Nivea-Kinderseife wird nach ärztlicher Vorschrift hergestellt; mit ihrem seidenweichen Schaum dringt sie schonend in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde und kräftige Hautatmung. Preis z. 1.50



Trotz Hausarbeit

gepflegte Hände durch

NIVEA-CREME

Jede Hausfrau weiß, wie sehr ihren Händen die tägliche Hausarbeit schadet und dass solche abgearbeiteten Hände ihre gesellschaftlichen Vergnügungen beeinträchtigen. Ein dünner Ueberzug von Nivea-Creme verhindert, dass sich Schmutz in den Fältchen festsetzt, dass die Haut hart wird und die Hände abgearbeitet aussehen. Nivea-Creme, die als alleinige Hautcreme Eucerit enthält, dringt schnell in die Haut ein, ohne einen Glanz zu hinterlassen. Sie erhält Ihre Haut trotz aller Hausarbeit geschmeidig und verleiht ihr wohlgepflegtes Aussehen.

PEBECO sp. z o. odp. Kattowitz

Statt besonderer Anzeige.
Am 26. d. Mts., abends 9 Uhr, wurde meine geliebte Mutter
Frau Klara Wache
geb. **Beed**
in ihrem 81. Lebensjahre durch einen sanften Tod von jahrelangem schweren Leiden erlöst.
In tiefer Trauer
Martha Wache.
Bydgoszcz, den 28. November 1929.
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 29. November, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten evangelischen Friedhofes aus statt. 6530

Statt Karten.
Seute früh entließ sich nach langem Leiden meine liebe gute Frau, unsere unvergessliche Schwester, Schwägerin und Tante
Stille Schlieter
geb. **Wichert**
im Alter von 67 Jahren.
In tiefer Trauer
Ludwig Schlieter.
Wyn Nowy Jasiniec, den 27. November 1929.
p. Serock.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 30. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 6534

Am Totensonntag abends entließ sich nach langem schweren Leiden der
Rittergutsbesitzer Mar von Gustorf
im Alter von 71 Jahren.
Margarete von Gustorf geb. von Zimmermann
Emil Ludwig Roerner von Gustorf
Gertrud Roerner von Gustorf geb. Stobwasser.
Görta duchowna, Post Bojanowo Stare, pow. Śmigiel.

Für die uns anlässlich unserer goldenen Hochzeit sowie des 50jährigen Meisters- und Geschäftsjubiläums erwiesenen Aufmerksamkeit, sagen wir Allen, insbesondere Herrn Barrer Weiß, den Herren der kirchlichen Körperschaften, sowie den Herren des Vorstandes der Handwerkskammer Bydgoszcz und den Herren des Vorstandes der Schmiede- und Stellmacher - Innung Koronowo unsern herzlichsten Dank.
Koronowo, den 27. November 1929.
Jul. Lamprecht.

W. Matern, Dentist
Brücken, Zahnersatz u. Füllungen.
Kassenpatienten haben 20% Ermäßigung
Sprechstunden von 7-1, 3-6.
Bydgoszcz, ul. Gdańska 21.

Unser **Stenographie - Kursus**
für Anfänger beginnt demnächst.
Anmeldungen bei **E. Wille, Chodkiewicza 36.**
Stenogr. Verein, „Stolze-Schreib“.

Kaufmännische Ausbildung
bestehend in
Buchführung
Rechnen, Korrespondenz, Kontorarbeiten, Stenographie u. Maschinenschreiben.
Otto Siede, Danzig, Neugarten Nr. 11
Eintritt täglich - Lehrplan kostenlos

Kino „Kristal“
Heute, Donnerstag, Premiere!
Der erstklassige Großstadtfilm, ein Filmwerk ersten Ranges der Produktion 1929, welches überall einen beispiellosen Erfolg erzielte.
Wochent. 6.50, 8.50
Sonntags ab 3.30.

Kino „Okno“
Ab heute, 28. November
Die erschütternde Tragödie zweier Seelen
u. d. Titel: 6533
Marcinkowskiego 5.

Kino „Paw“
Heute Premiere des lustigsten Schwank der Saison, darin Warschau Krasińskiego Nr. 3 mit großem Erfolg aufgeführt wurde.

Forstleve
18 Jahre alt, evgl., der seine vorchriftsmäßige Lehrzeit am 1. 1. 30 vollendet, sucht bald oder später Stellung. Selbiger ist in Kulturen, Holz einschlag u. Jagd firm. Gefl. Off. erbittet **Kamielb, Reservierförster, Forsthaus Karafel, poczta Gruta, pow. Grudziadz.** 14468

Suche für meinen Sohn, Beschäftigung, welcher lebhaft in
Bäckeri und Konditorei
arbeiten kann. Offert. unt. N. 6502 an die Geschäftsstelle d. Zeitg.
Bäckergefelle
der auch Konditorei versteht, u. selbst arbeiten kann, sucht vom 1. 12. Stellung. Gefl. Off. u. N. 8424 an Ann.-Exped. **Wallis, Toruń.** 14746

Suche für mein Sohn, 18 J., alt eine Stelle als
Müllerlehrling
Off. an **G. Manthey, Berlin, pocz. Krzywe-Tolano, p. Strzelno.** 6533

Gebildetes, junges Mädchen
in schriftl. Arbeiten bewand., musik., sucht als
Stelle als Hausdame
mit vollst. Fam.-Anschl. Offerten unt. N. 14676 a. d. Geschl. d. Zeitg. erb.
Suche f. m. tücht. Aufw. eine Stelle v. 7-10. 14743 Cieszkowskiego 11, 1 r.

Gewandter, zuverlässig, Verkäufer
beid. Sprachen mächt., zum 1. Januar 1930 gesucht. Off. mit Gehaltsford. bei freier Station erbeten. 14581
J. Stephan, Wyrzysk Stabellen, Elenow, Haus- u. Röhrengeräte-Handlung.

Ein tüchtig, fleißiger
Gärtnergehilfe
für Gemüsebau kann z. 1. 12. eintreten. 6500
E. Hartung, Fordońska 11 Kapuszczyce, Bydgoszcz.

Buchhalterin
der polnischen u. deutschen Sprache i. Wort u. Schrift vollst. mächtig, sichere Rechnerin, möglichst mit amerikanisch. Journal vertr., von sofort gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschr. unt. N. 14675 an die Expedition dieser Zeitung.

Ein u. Verkäufe
Niederg.-Grundst.
ca. 71 Morg. Privatbesitz, leibd. u. tot. Invent. vorhanden, veränderungsh. baldmöglichst zu verkaufen. Lage: Nähe Bydgoszcz, Bahn u. Autobusverb. Selbstst. wolle, sich unter N. 6513 an die Geschl. d. Zeitg. meld. zu richten.

Infolge Liquidierung
der Bachtung durch die Państw. Bank Rolny kommen noch zum sofortigen freihändigen Verkauf:
an lebendem Inventar: 14470
an totem Inventar:
einige gut erhaltene **Wägen**, 2 1/2-4", inklusive Ratten und Leitern, **Rutschwagen**, **Zweischarflüge** (N. N. C. 6), **11zintige Penkt - Kultivatoren**, **Penkt - Drille**, 4 Meter breit, **Cambridge - Walze**, **Bodenmeißel**.

einen Dampfdreschjak
(Kotomobile mit reinen Papieren, Ratten Wolf B. 60 mit vierfacher Reinigung, 5 Jahre im Betriebe, betriebsfertig, **Dampfrotmühle**, 25-30 Ztr. Stundenleistung, **Dampfheilmaschine**,
Kartoffel-Dämpfer, **Kochwert** und viele andere Wirtschaftsgüter.
Besichtigung nach vorheriger Anmeldung.
Dom. Puszcza
poczta Jeziorki-Zabartowski, pow. Wyrzyski stacja Rajgród, Straße Naklo - Chojnice
Stelle zum Verkauf gut gezeichnete, deckfähige und jüngere 14671

Zuchtbullen
a. mein. alt. Herdbuchherde m. hoch. Milchleif. v. **Maerder'sche Gutsverwaltung, Rulowo**, poczta i stacja kolej. Warlubie, pow. Swiecie, Chelmino. 6531

Zu Zuchtzwecken
habe nachstehende Arten günstig abzugeben:
0,10. - 28 er gelbe **Opinaton**,
1,10. - 28 er **Blymouth-Rods**,
4,-. - 28 er **Rhodeländer**,
2,6. - 29 er **redhuhn. Italiener**,
4,4. - 29 er **helle Brahma**,
4,4. - 29 er **Bronze-Waten**,
2,-. - 29 er **Kouen-Enten**.
Auf der kürzlich abgehaltenen Ausstellung in Thorn verschiedene Medaillen erhalten.
Otto Mittelstadt,
Bydgoszcz-Bielawki, Senatorska 45. 6522

1 groß. Landauer
noch gut erhalten
2 starke Arbeitspferde
1,72 m groß.
August Benoit, Golcz-Kujawski.
Ford - Limousine
gut erhalten, hat billigst abzugeben 14490
H. Medzeg, Fordon a. W. - Telefon 5.

Friseur!
Berf. **Subitonschneider** Rennin. i. Onoulierenu. i. Manifure erwünscht. (doch n. Beding.) sofort gesucht. 14756
Damenpecial-friseurialon Senta Klein,
Tezew, Pilsudskiego 18.

Tüchtiges Mädchen
mit sehr guten Kochkenntnissen per sofort gesucht. Meldungen zwischen 2-3 und 6-8. 14637
Stadie, Wazowiecka Nr. 34.

Ein u. Verkäufe
Radioapparate
„Phönix“, Europaempfänger, 3 und 4 Lampen, neueste Konstruktionsweise, ohne Spulen, kompl. Anlagen mit eleg. Salonlautsprech., **Uktum. at. u. Antenne**, liefert billig mit zwei Jahre Garant. u. lang. Ratenszahlung 6544
„Phönix“, **Marcinkowskiego 11.**

Speise-, Herren- u. Schlafzimmer
sind billig zu verkaufen
Lipowa 2. 6489
Such eine gute haltene **Wessfal. Küche** zu kaufen. Näheres bei **Frede, Bydgoszcz, Zdunij 7.** 6541

Fordteile
hat billig abzugeben. 6529
Bydgoszcz, Gdańska 68.

Person-Auto
ital. Fabrik, 6stgig mit aufsehbarer Limousine, sehr gut erhalt., fahrbereit, steht zum Verkauf bei **Metelski, Bydgoszcz, Gamma 8.**

Starke Singer-Nähmaschine
f. Scheider u. Schättelstepper zu verkaufen.
Polsener Platz 4 Laden.

„Chevrolet“
Personwagen, (offen) im besten Zustande, steht zum Verkauf bei **Metelski, Bydgoszcz, Gamma 8.**

Schloss-Maschinen u. Handwerkszeug
zu verkaufen. 14599
Frau Emma Schadow, Chojnice, Mickiewicza 25.

Motorrad
engl. Fabrikat, 250 ccm, billig zu verkaufen
Metelski, 6458 Bydgoszcz, Gamma 8.

Speisefarbstoffen
(Industrie)
hat jed. Quantum billig abzugeben 6496
Teodor Sikorski, Sw. Trójcy 20/21 Tel. 1507

3 Arbeitspferde
zu verkaufen.
Ceramiczne Zakłady, Bydgoszcz, Chodkiewicza 8-18.

Gole Stute
ostpreussische, schwarzbraune m. Brand, Galanenschweif, ca. 10 Jahre a., 165 hoch, kompl. geritt. und gefahren, hat bill. abzugeben 6523
Otto Mittelstadt, Bydgoszcz - Bielawki, Senatorska 45.

Spred. Papagei
zu kaufen gesucht. Off. unter N. 6441 an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

1 großen Flügel
habe abzugeben
H. Otto, Brodnica n. Dr. Mahy Rynek 8. 14742

Speise-, Herren- u. Schlafzimmer
sind billig zu verkaufen
Lipowa 2. 6489

Wohnungen
Zweizimmerwohn.
einkl. Küche, ein. Villa Borort Bromberg an alter. Eben. lof. zu verm. Angeb. u. N. 6536 a. d. Geschl. d. Zeitg. erb.

Wohnungen
1-2 möbl. Zimmer
mit bef. Eing. Off. mit Preisang. unt. N. 6486 a. d. Geschl. d. Zeitg. erb.

Zimmer
gut möblert, per sofort gesucht. Off. u. N. 6525 an d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Gut möbl. Zimmer
an lofid. Str. z. verm. 6478 Jagiellońska 29, 1 Trp.

Zimmer
(2 Betten) u. oder sofort oder später zu verm. 6521
Bromenada 1, Hof. 1 Tr.

Möbl. Zimm.
an lofid. Str. z. verm. 6478 Jagiellońska 29, 1 Trp.

Ferd. Ziegler & Co
Treibriemen Spezial-Öle
für alle Maschinen in Fabrik und Landwirtschaft
Techn. Artikel
Gegründet 1874
Ferd. Ziegler & Co
BYDGOSZCZ

Stabische Schuhe und Siefel
empfehlit **Jezuicka 10.** 6547

Landwirtschaft
150-300 Morg., mögl. gut Bod. wird von ein. evang. poln Staatsbürg., zahlungsfäh. u. tüchtiger Landwirt, zu **pahten gesucht.**
Gefl. Off. mögl. m. gen. Ang. u. Beding. unt. N. 6539 a. d. Geschl. d. Zeitg.

Wohnungen
Zweizimmerwohn.
einkl. Küche, ein. Villa Borort Bromberg an alter. Eben. lof. zu verm. Angeb. u. N. 6536 a. d. Geschl. d. Zeitg. erb.

Möbl. Zimmer
1 bis 2 gut möblierte Zimmer im Zentrum werden ge. Offerten an **Zjednoczone Tow. Przem. Drzewnego** Washód, ulica Krakowska 4. 6527

Wohnungen
1-2 möbl. Zimmer
mit bef. Eing. Off. mit Preisang. unt. N. 6486 a. d. Geschl. d. Zeitg. erb.

Zimmer
gut möblert, per sofort gesucht. Off. u. N. 6525 an d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Gut möbl. Zimmer
an lofid. Str. z. verm. 6478 Jagiellońska 29, 1 Trp.

Zimmer
(2 Betten) u. oder sofort oder später zu verm. 6521
Bromenada 1, Hof. 1 Tr.

Möbl. Zimm.
an lofid. Str. z. verm. 6478 Jagiellońska 29, 1 Trp.

Zurückgekehrt
Dr. med. Montowski
Bydgoszcz, Jagiellońska 14.

Mein diesjähriger Weihnachts-Katalog ist soeben erschienen:
Weihnachtsbücher 1929
Eine Auswahl guter u. billiger Bücher.
Zusammengestellt von **Dr. Horst Kriedte.**
Die Neu-Erscheinungen sind mit kurzen literarischen Kritiken versehen, jedoch sich jeder Bücherfreund über den Inhalt unterrichten kann. Die Preise sind in **Platz angeben.**
Der Weihnachts-Katalog wird auf Wunsch kostenlos versandt.
Arnold Kriedte, Grudziadz, Mickiewiczza 3. Tel. 85. 14752

Geldmarkt
5000 zł
werden f. ein Geschäft in Bydgoszcz auf kurze Zeit gesucht. Junger Kaufmann, welcher das Geld zur Verfügung hat, erh. Stellung f. Kontor u. Laden. Ang. erb. u. N. 6540 a. d. Gfl. d. Zeitg.

Stellengesuche
Manufakturist
31 J. a., sucht Stellung als **Verkäufer** oder Beschäftig., gleich welcher Art, eventl. bei freier Station u. Klein. Gehalt. 14722
Franz Senger, Tezew, ul. Garnarska Nr. 3.

Gärtner
unverheirat., mit langjährig. Praxis, erfahr. in allen Zweigen der Gärtnerei, sucht zum 1. Januar 1930 **dauernde Stellung.** Offert. unter N. 14724 an d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Laborantin
sucht (Stellg. v. 1. Januar 1930 in Apotheke oder Drogerie. Off. an **Fräulein Ripier, Anislaw, pow. Chelmino.** 6531

Neue Stellen
Zum 1. 1. 1930 unverheirat., evang., häusl. **Berufslandwirt**
ca. 30 Jahre alt, zur Leitung d. Wirtschaftsbetriebes eines ca. 2000 Morg. groß. Brennereigutes als alleiniger **Beamter** gesucht.
Bewerb. nebst Zeugnisabschr. und Gehaltsanspr. erbittet 14751
Erich Temme, Wgarowo b. Grudziadz.
Gesucht wird z. 15. 12. ein evgl. absoj. ehrlich. **jung. Hofverwalt. oder Gleve**
m. Vorkenntn. Etwaig. Angeb. m. Lebenslauf und Gehaltsanspr. an **Gut Ruchnia, per Witkiewa Waiohnowy, pow. Gniez.** 14757

Der Leutnant Ihrer Majestät
In den Hauptrollen:
Jwan Petrowicz G. Agnes Esterhazy
Ly Christy
Lillian Ellis 14750
Georg Alexander
Alexander Murshi
Schöne Menschen!
Schöne Bauten!
Schöne Handlung!
Schöne Ausstattung!
Schönes Spiel!
Beiprogramm!
Aktuelle Ufa-Wochenschau!
Deutsche Beschreibung!

Der Traumhafen
mit **Mary Philbin** und **Fred Mackaye**
Auftreten der Künstler im neuen Repertoire.
Beginn d. Vorstellungen: **6.45 - 8.45.**
in der Hauptrolle.

Cohn und Kelly im Harem
Exotischer Film. Schönheitskonkurrenz in Amerika, Welt **George Sidney.**
in der Hauptrolle der größte Komiker der 7 und 9 Uhr Sonntags **George Sidney.**
Beginn der Vorstellungen **4, 5.45, 7.30, 9.15.**